

DIE LINKE Baden-Württemberg  
Landesgeschäftsstelle  
Marienstr. 3a  
70178 Stuttgart

Tel.: 0711-241045  
E-Mail: lgs@die-linke-bw.de



Stuttgart, 14.11.2018

Materialien zum Landesparteitag  
am 24./25. November 2018  
im Gewerkschaftshaus Stuttgart

## Materialheft 2

---

Änderungsanträge zu den Kommunalpolitischen Eckpunkten

Weitere Anträge

---

## Anträge zur Geschäftsordnung

### GO1 ANTRAG Geschäftsordnung

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | AG Inklusion und Teilhabe, Utz Mörbe, Sahra Mirow, Kathleen Kamprath   |
| Kontakt       | Utz Mörbe  |
| Thema         | <b>Änderung Geschäftsordnung LPT, Aufnahme in alle Geschäftsordnungen der Gremien im LV</b>  |
| Antragstext   | Die Geschäftsordnung des Landesparteitags wird in Punkt 6 ergänzt um folgende Formulierung:<br>Personen mit einer Sprachbeeinträchtigung wird, um eine Inklusion zu ermöglichen, ein Nachteilsausgleich in Form von verlängerten Rederecht gewährt.<br>Die Geschäftsordnungen aller Gremien des Landesverbands auf Kreis- und Landesebene werden überprüft und gegebenenfalls um die Formulierung:<br>Personen mit einer Sprachbeeinträchtigung wird, um eine Inklusion zu ermöglichen, ein Nachteilsausgleich in Form von verlängertem Rederecht gewährt. |
| Begründung    | Mitglieder und Gäste unserer Parteiveranstaltungen mit sprachlichen Behinderungen und nicht regelgerechter Sprach-Entwicklung soll die Möglichkeit einer vollständigen Artikulation eines Gedankens und Redebeitrags aufgrund einer verlängerten Redezeit ermöglicht werden.   |

## Änderungsanträge zum Leitantrag

### ÄNDERUNGSANTRAG 1

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Doris Schiele Die Linke, KV Ulm/Alb-Donau   |
| Kontakt       | Doris Schiele   |
| Thema         | Änderung im letzten Absatz<br>Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion  |
| Antragstext   | <b>Divestment Strategie in den Kommunen/ Nachhaltiger Umgang mit Geldanlagen</b><br>Es soll keine klimaschädlichen Investitionen mehr geben, z.B. in fossile Energien wie Kohlekraftwerke. Es soll nur noch in nachhaltige Finanzprodukte investiert werden. Es sollen keine Kriegswaffen und keine Kinderarbeit durch kommunale Anlagen mit finanziert werden. Die Städte sollen sich zu der Verantwortung bei ihrer Geldanlagestrategie bekennen und zukünftig auf Divestment setzen. |
| Begründung    |   |

## Ä N D E R U N G S A N T R A G 2

|   |  |
|---|--|
| Antragsteller                                   | Ökologische Plattform  |
| Kontakt   | Karin Binder   |
| Thema   | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Bezahlbare Mieten . . .</b><br>Zeilen 94-97  |
| Antragstext                                     | Streichen der Zeilen 94-97 und ersetzen durch ( <i>kursiv</i> ):<br>... <i>Wir wollen konsequente Innenentwicklung und eine Qualifizierung der Siedlungsstruktur, anstelle neuer Baugebiete auf der grünen Wiese. Flächenschonendes Bauen muss gefördert werden. Kompakte Städte und Gemeinden mit hoher Lebensqualität wollen wir als planerisches Leitbild verankern. Weitere Ausweisungen von Einfamilienhaussiedlungen lehnen wir aus ökologischen Gründen zum Schutz vor weiterer Flächen-Versiegelung ab. Kostengünstige Typen- und Modulbauweisen, die Aufstockung von Bestandsgebäuden, die Überbauung von Parkplätzen und die Schaffung von Mischgebieten gehören stattdessen auf die Tagesordnung. Nicht.....:</i> |
| Begründung                                      | Hitzesommer und Starkregenfälle werden künftig zur Normalität. Deshalb muss alles getan werden um weitere Versiegelung von Flächen zu unterbinden. Versiegelte Flächen können kein Wasser aufnehmen und speichern. Und Beton und Asphalt heizen unser Klima insbesondere in den Städten immer weiter auf.  |
| Bei Dringlichkeitsanträgen:<br>Anlass mit Datum |  |

## Ä N D E R U N G S A N T R A G 3

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Ökologische Plattform  |
| Kontakt       | Karin Binder   |
| Thema         | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Reichtum umverteilen . . .</b><br>Zeilen 183-184   |
| Antragstext   | Änderung in Zeile 183-184 durch Streichung des Satzes:<br>„Das muss auch die . . . Produkte bevorzugt werden.“<br>Ersetzung durch:<br>„ <i>Deshalb haben die Kommunen bei Beschaffungen grundsätzlich auf regionale, saisonale und ökologische Erzeugung und Produktion aus Betrieben mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu achten. Bei sonstigen Beschaffungen ist ein öko-fairer Bezug beispielsweise durch Produkte mit FairTrade-Siegel sicherzustellen.</i> “ |
| Begründung    | Der ursprüngliche Satz konterkariert die in den vorausgehenden Sätzen beschriebenen Bemühungen um regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen auch die Kommunen zu einem sozial-ökologischen Umbau verpflichten.   |

#### ÄNDERUNGSANTRAG 4

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Ökologische Plattform   |
| Kontakt       | Karin Binder  |
| Thema         | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Stadtentwicklung . . .</b><br>Zeilen 192-196  |
| Antragstext   | <b>Streichung der Sätze in Zeilen 192 -196:</b><br><p>. . . „Nachhaltig und sozial muss auch der Verbrauch neuer Flächen sein. . . . . Wem gehört die Stadt?“ . . .</p> <p><b>Ersetzung durch (<i>kursiv</i>):</b><br/> <i>. . . „Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung verbindet qualifizierten Städtebau mit urbaner Dichte und der Schaffung innerörtlicher Parks, Grünflächen, zugänglicher Bach- und Flussufer, Ruhe- und Erholungsräumen. Flächenverbrauch, weitere Versiegelung von Flächen, muss künftig auf ein Minimum reduziert werden, im Gegenteil müssen künftig Entsiegelung und Renaturierung von Flächen bei jedem neuen Bauvorhaben zur Auflage gemacht werden.“ . . .</i></p> |
| Begründung    | Hitzesommer und Starkregenfälle erfordern sofortiges Handeln, um Stadtkerne auch künftig noch annehmbar und lebenswert gerade für die Menschen zu erhalten, die keine Ausweichmöglichkeiten haben.  |

#### ÄNDERUNGSANTRAG 5

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Ökologische Plattform   |
| Kontakt       | Karin Binder  |
| Thema         | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Stadtentwicklung . . .</b><br>Zeile 198   |
| Antragstext   | Einfügung ( <i>kursiv</i> ) in Zeile 198 nach „. . . Kommerzialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen.“<br><p>. . . „Dazu müssen Städte und Gemeinden wieder mehr Grundstücke in Kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf die Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssatzungen zu erlassen.“ . . .</p>               |
| Begründung    | Stadtplanerische Gestaltungsmöglichkeit steht und fällt mit der Verfügbarkeit kommunaler Flächen.<br><p>Die städtebauliche Entwicklungssatzung ermöglicht es der Kommune, Flächen einer städtebaulichen Neuordnung zuzuführen, auch wenn die Eigentümer*innen sich einer Zusammenarbeit verweigern. Im Zweifelsfall kann zum entwicklungsunbeeinflussten Verkehrswert eine Enteignung erfolgen.</p> |

## Ä N D E R U N G S A N T R A G 6

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Ökologische Plattform  |
| Kontakt       | Christoph Ozasek   |
| Thema         | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Verkehrswende . . .</b><br>Zeilen 214-228  |
| Antragstext   | <p><b>Der Absatz von Zeile 214 – 228 wird komplett ersetzt durch:</b></p> <p><b>„Verkehrswende: Menschenfreundliche Städte und Gemeinden</b></p> <p>Wir wollen Städte und Siedlungsstrukturen so entwickeln, dass Menschen nicht länger auf einen PKW angewiesen sind. Verkehrsbedingte Klima-, Lärmemissionen und Luftschadstoffe müssen deutlich reduziert werden. Dazu gehört eine integrierte Mobilitätsplanung. Unser Ziel ist die Schaffung autofreier Quartiere, der Rückbau von Autostraßen zugunsten der Ausweitung von Fußgängerzonen, Spielstraßen und verkehrsberuhigter Bereiche. Öffentlicher Raum soll so gestaltet sein, dass Menschen sich gerne dort aufhalten und umweltschonende Formen der Mobilität wählen. Mit einem vernetzten System von Sharing-Lösungen, bedarfsorientierter öffentlicher Nahverkehrskonzepte und Mobilitätsknotenpunkten, soll ein gleichwertiges und kostengünstiges Mobilitätsangebot geschaffen werden.</p> <p>Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilitätsdienstleistungen sind daher eine öffentliche Aufgabe und gehören als Daseinsvorsorge in öffentliche Hand. Privatisierungen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen den öffentlichen Raum so verteilen, dass umweltschonende Mobilität privilegiert wird. Dazu gehören attraktive und sichere Radwegeverbindungen und Fußverkehrsnetze mit hoher Aufenthalts- und Begegnungsqualität. Den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) wollen wir ausbauen, leistungsfähig gestalten, barrierefrei machen, und die Kosten auf alle Schultern verteilen. Um ein dauerhaft attraktives Nahverkehrsangebot vorzuhalten, wollen wir in ersten Schritten die Preise im Nahverkehr senken, insbesondere durch Sozialtickets. Mit einer Nahverkehrsabgabe oder über kommunale Realsteuern, womit auch Unternehmen in die Pflicht genommen werden, kann eine solide Finanzierungsbasis für einen ticketfreien ÖPNV geschaffen werden.</p> |
| Begründung    | mündlich   |

## Ä N D E R U N G S A N T R Ä G E 7-1 bis 7-4

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Ökologische Plattform  |
| Kontakt       | Christoph Ozasek   |
| Thema         | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Lokale Initiativen für den Klimaschutz . . .</b><br>Ab Zeile 230   |
| Antragstext   | <p><b>7-1</b><br/><b>Ergänzung der Überschrift in Zeile 230 durch (<i>kursiv</i>):</b><br/><b>Lokale Initiativen für den Klimaschutz <i>und</i> Umweltschutz</b></p> <p><b>7-2</b><br/><b>Ergänzung nach Zeile 234 „... aus erneuerbaren Energien.“:</b><br/><i>„Wir wollen mittels einer kommunalen Energieleitplanung systematisch Potentiale für die regenerative Energie- und Wärmeversorgung heben. Energieversorgungsnetze gehören in die Hand der Kommunen und nicht in die Hände von Konzernen.“</i></p> |

|            |   |
|------------|---|
|            | <p><b>7-3</b><br/>Änderung in Zeile 239, das Wort „Stromabschaltungen“ wird ersetzt durch:<br/>. . . „Stromsperren für zahlungsunfähige Haushalte“ . . .</p> <p><b>7-4</b><br/><b>Ergänzung ab Zeile 241 durch (kursiv):</b><br/>„DIE LINKE sieht sich dem „1,5 Grad-Ziel“ des UN-Klimarahmenabkommens verpflichtet und will daher alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Dazu sollen kommunale Klimaschutzfonds aufgelegt werden, um Energiesanierungs- und Einsparkreisläufe zu etablieren. Kommunale Investitionen mit Stiftungsvermögen oder kapitalmarktgebundenen Fonds in klimaschädliche Geschäftsfelder müssen unterbunden werden.<br/>Um Kommunen widerstandsfähig zu machen gegenüber den sich verändernden lokalklimatischen Bedingungen und der Hitzeüberlastung sollen Klimaanpassungskonzepte ausgearbeitet werden. Insbesondere im Hoch- und Tiefbau setzen wir auf klimaneutrales Bauen und nachhaltige Stoffkreisläufe: Das Bauen mit Holz und Holzverbundstoffen, aber auch mit Recycling-Baustoffen sollte zum Standard gemacht werden. Für Neubauten fordern wir den Passiv-, mittelfristig den Aktivgebäude-Standard.<br/>Waldbestände in kommunaler Hand betrachten wir auch als Kohlenstoffspeicher und fordern eine pflegerische Bewirtschaftung. Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung festgeschrieben werden. In diesem Sinne müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen in Gärten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten.<br/>Kommunen müssen jeden Ansatz Ressourcen schonenden Verhaltens, Energiesparen und Abfallvermeidung, wie z.B. Repair-Cafes, unterstützen. Initiativen, die sich im Umweltschutz engagieren, z.B. Urbangardening betreiben oder um Bodenschutz und Renaturierung bemühen, sind ebenso zu fördern wie z.B. Vereine oder Genossenschaften einer solidarischen Landwirtschaft.“</p> |
| Begründung | Klimaschutz ergibt sich nicht allein durch energiepolitische Maßnahmen. Umweltschutz ganz allgemein dient dem Klimaschutz und kommt im Eckpunktepapier bislang nicht vor.   |

## ÄNDERUNGSANTRAG 8

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Heilbronn-Unterland   |
| Kontakt       | Florian Vollert  |
| Thema         | <b>Klimapolitik</b>  |
| Antragstext   | <p>8-1<br/>Für den Antrag des Landesvorstandes: kommunalpolitische Eckpunkte schlagen wir folgende Ergänzungen vor:<br/><br/>Im Kapitel Politik in Landkreisen... Soll in der Zeile 11 Nach „In den Krankenhäusern“ eingefügt werden „und Pflegeheimen“ fehlen Pflegekräfte</p> <p>8-2<br/>In der Zeile 24 soll nach Energie, „Wasser“ eingefügt werden</p> <p>8-3</p> |

|            |   |
|------------|---|
|            | <p>Textvorschlag für das Kapitel „Klimakatastrophe verhindern“</p> <p>Um eine Klimakatastrophe zu verhindern fordern die führenden Klimaexperten, dass die Klimaerwärmung 1,5 Grad nicht übersteigen darf. Dieses Ziel haben die Teilnehmer am Klimagipfel in Paris 2015 vereinbart, um gefährliche Klimaveränderungen zu verhindern die sehr wahrscheinlich nicht mehr rückgängig gemacht werden können, wie z.B. wenn der Golfstrom durch zu viel Schmelzwasser versiegen würde. Das Klimaziel, maximale Klimaerwärmung 1,5 Grad, erfordert einen schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien, um den Ausstoß von CO2 und anderen Treibhausgasen drastisch zu reduzieren. Mit Sonnen- und Windenergie können wir genügend und sehr viel billigeren Strom weltweit erzeugen und damit auch unseren Kindern ein gutes Leben ermöglichen.“</p> <p>8-4<br/>Stadtentwicklung- sozial und nachhaltig</p> <p>In der Zeile 188 nach leben und arbeiten? Einfügen: Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksichtigen und dazu beitragen den Klimawandel zu begrenzen Die Temperaturzunahmen erfordern eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden und Dachbegrünungen aber auch innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete sind notwendig.</p> <p>Etwa 56% des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland wird für die Bereitstellung von Wärme benötigt, davon werden fast 87 % fossil gewonnen. Die Kommunen haben hier wie beim Verkehr eine große Verantwortung für die Reduzierung des CO2 –Ausstoßes, dazu gehört auch dass der Wärmeverbrauch vermindert wird.</p> <p>Die Bemerkung in Zeile 188 „Dies sind die zentralen Fragen der Stadtentwicklung passt dann nicht mehr und sollte gestrichen werden. Danach geht es weiter mit den kurzen Wegen.</p> <p>8-5<br/>Der Satz in der Zeile 191 „so schaffen wir die Verkehrswende hin zu einer neuen nachhaltigen Mobilitätskultur“ wäre ein guter Abschluss für das Kapitel Verkehrswende möglichst ergänzt mit der Bemerkung“ und erreichen damit eine deutliche Senkung des CO2 Ausstoßes“.</p> <p>8-6<br/>Im Kapitel „Lokale Initiativen für den Klimaschutz“ sollte der Satz „und lehnen Stromabschaltungen ab“ mit folgender Einfügung verständlicher werden- „ bei Zahlungsrückständen für Strom ab“</p> |
| Begründung | <p>Nach den Kapiteln die sich mit sozialen Themen beschäftigen sollte vor dem Kapitel „Stadtentwicklung“ ein grundsätzliches Kapitel zum Klimaschutz eingefügt werden, da in den weiteren Kapiteln wichtige Probleme behandelt werden, die sich mit Klimaschutz beschäftigen</p> <p>Klimapolitik ist wichtig und findet gerade in der aktuellen Auseinandersetzung deutlichen Widerhall in außerparlamentarischen Bewegungen.</p>   |

## ÄNDERUNGSANTRAG 9

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)  |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de  |
| Thema         | Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Bildungsoffensive für gebührenfreie Kitas und bessere Schulausstattung"  |
| Antragstext   | <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Zeile 108 ff</p> <p>„Inklusion und Gemeinschaftsschulen werden durch fehlende Mittel klein gehalten...“</p> <p>1. „Inklusion und“ streichen</p> <p>2. Nach „...kein Geld haben“ einfügen:</p> <p>„ Die Inklusion von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelunterricht der allgemeinen Schulen ist gescheitert. Es fehlen nicht nur die finanziellen Mittel für ausreichend Lehrer in inklusiv geführten Klassen, sondern es gibt 1. Kein Konzept für die Integration von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt. 2. Gab es in BW von Anfang an keine systematische Arbeit an einem pädagogischen Konzept für die schulische Inklusion. Es fehlte ein tragfähiges, abgestimmtes Konzept, welche schulorganisatorischen Maßnahmen nötig sind um eine gelingende schulische Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelschulen möglich zu machen. Und es fehlte eine daran angepasste realistische Ressourcen- und Kostenberechnung. Das alles geht zu Lasten von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die oftmals in den Regelklassen der Grund- und Gemeinschaftsschulen sitzen und völlig unzureichend betreut werden. Es geht zu Lasten der Lehrer in Inklusionsklassen, die in einer permanenten Überforderung verschiedene Bildungspläne von Gymnasial- bis Förderschulebene gleichzeitig in ihrem Klassenzimmer umsetzen sollen.</p> |
| Begründung    | <p>Die LINKE sollte in der Bildungspolitik aufhören die Probleme zu verflachen und zu verwischen. Der Satz „Inklusion und Gemeinschaftsschule werden durch fehlende Mittel klein gehalten...“ ist eine Wiederholung der sehr vereinfachenden Problemdefinition von GEW und SPD, die mit ihrem leierkastenmäßig vorgetragenen Ruf nach „mehr Geld und Personal in die Inklusion“ zum einen kaum noch einen Lehrer damit erreicht und zum anderen das Kernproblem beharrlich wegwischt:</p> <p>Dass es von Anfang an in der Inklusionsdebatte einen fundamentalen Interessengegensatz gab von neoliberalen Bildungspolitikern auf nationaler und europäischer Ebene einerseits und sozial bewegten Reformpädagogen andererseits. Erstere haben das vorrangige Interesse die Ausgaben für die Bildungspolitik nicht wirklich zu erhöhen, letztere wollten mittels Inklusion soziale Gerechtigkeit durch Bildung durchsetzen. Diese sich direkt widersprechenden Interessen gingen dann in manchem SPD- oder Grünenpolitiker eine merkwürdige Allianz ein: Da war z.B. Nils Schmidt, ein Mann der schwarzen Null und gleichzeitig inklusionsbewegter Bildungsreformer. Inzwischen ist die Reform weitgehend diskreditiert. Zwei grün- rote Landesregierungen sind in den letzten Jahren auch wegen chaotischer Inklusionsumsetzungen in ihren Ländern abgewählt worden. Die meisten Lehrer betrachten die Inklusionspraxis als das,</p>  |

|  |  |
|--|--|
|  | <p>was es ist: eine ungeliebte Reform von oben, die zu ihren Lasten geht.</p> <p>Die LINKE schadet sich sehr, wenn sie noch länger das unkritische, analysefreie „mehr Geld in die Inklusion“ einfach nachbetet. Die Inklusion war nie eine Reformbewegung, die von unten kam. Die Inklusion wurde den BW- Schulen von oben übergestülpt und wurde zuerst vor allem von der Grünen Partei und dann von der GEW aufgegriffen. Betrachtet man die Fortbildungspraxis der staatl. Schulämter, die in BW mit Einführung der Inklusion in Schulen einsetzte wird nochmal deutlich, wie wenig die Inklusionsreform von oben mit dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit zu tun hatte. Da wurden die fortzubildenden Lehrer mit der „neuen Lernkultur“ des Schweizer Unternehmers Fratton beglückt. Ein neoliberales Schulkonzept aus dem Bilderbuch! Die Grünen, die damals ab 2011 in die Schulämter einzogen, fanden das toll inklusiv. Es war bei der Landtagswahl 2016 peinlich, als bei Elefantenrunde vor der Wahl der Vertreter der LINKEN zum Thema „Inklusion“ nichts anderes zu sagen wusste als: die LINKE schließt sich hier der Position von SPD und Grünen an und keine eigene Position formulierte! So geht ein Einzug in den Landtag nicht!</p> <p>Ein 1. Schritt wäre, dass die LINKE analysiert, welche schulpolitischen Fragen die Bevölkerung heute tatsächlich interessieren. Wichtig wäre sich als Partei dazu eigene Standpunkte zu erarbeiten anstatt sich an die GEW dranzuhängen. Dies sollte auf Bundesebene passieren und von der Partei gefördert und angestoßen werden. Allein in den Ländern fehlen Personal und daher Kompetenz das umfassend zu tun.</p> |
|--|--|

## ÄNDERUNGSANTRAG 10

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock „ Gesundheitsfürsorge überall - Pflegenotstand bekämpfen“</b>   |
| Antragstext   | Zeile 123-125 bis -schlechter Versorgung .- streichen und ersetze durch „Die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg steht unter starkem wirtschaftlichen Druck. Die Landesregierung plant einen massiven Abbau von Krankenhäusern / Betten nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien. Das führt notgedrungen zu längeren Anfahrtswegen und damit zu erhöhten Risiken in der Notfallversorgung und zum Verlust der familiären Unterstützung bzw. Besuchsmöglichkeiten. Einen Wandel der Versorgungs- Infrastruktur mit Ausbau von Notfallpraxen, ambulanten Einrichtungen ect. ist zur Zeit nicht zu erkennen. Diese Ausdünnung der medizinischen Versorgungsleistungen widerspricht der gesetzlichen geforderten allgemeinen Gesundheitsfürsorge und führt so zu einer schlechteren medizinischen Grundversorgung besonders im ländlichen Raum.“ |
| Begründung    | Das Wort „ Beschuss „ in Zeile 123 ja wohl echter Militärjargon ! Die Probleme im Gesundheitswesen sind im Original nur oberflächlich dargestellt und sollten klarer benannt werden sowie auch Alternativen aufgezeigt werden.  |

### ÄNDERUNGSANTRAG 11

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock „Kultur Und Teilhabe für alle ....“</b>   |
| Antragstext   | Zeile 155<br>das Wort „städtischen“ ersetzen durch -kommunalen-<br>Wir wollen Voraussetzungen schaffen, damit alle Menschen am <b>kommunalen</b> Leben gleichberechtigt teilhaben können. |
| Begründung    | Auch der ländliche Raum sollte mit eingebunden bzw. benannt werden, nicht nur das „städtische“ Leben.   |

### ÄNDERUNGSANTRAG 12

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)  |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de  |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock „Kultur Und Teilhabe für alle ....“</b>                                    |
| Antragstext   | Zeile 166-167<br>Der Satz sollte ab , „um Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen.“ gestrichen werden.  |
| Begründung    | Der Satz enthält die Behauptung, Sozialarbeit könne die Ursachen von Kriminalität bekämpfen. Seit Karl Marx wissen wir, dass das nicht von Sozialarbeit geleistet werden kann. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 13

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock „ Bildungsoffensive für gebührenfreie Kitas und bessere Schulausstattung“</b>   |
| Antragstext   | Zeile 118 - 119<br>Öffnungszeiten und einem <i>qualitativ guten Fördersystem ein.</i><br>Markierung ersetzen durch: <b>fachgerechten Förder- und sozialpädagogischen Begleitsystem mit entsprechender Personalausstattung ein.</b>  |
| Begründung    | „qualitativ gut“ ist zu allgemein formuliert. Es geht darum, dass hier Fachleute tätig sind, nicht nur - oft überforderte - willige Großeltern und Bufties. Mindestens so wichtig wie die Förderung ist bei einer Ganztageschule die sozialpädagogische Begleitung – die Kinder sollen und können ja nicht den ganzen Tag nur lernen. |

## ÄNDERUNGSANTRAG 14

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 („exterritorial“) in Freiburg (Breisgau)  |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de  |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort"</b>  |
| Antragstext   | Der Landesparteitag möge beschließen:<br>ZEILE 33<br>Umso wichtiger ist es, dass die Städte und Gemeinden gegensteuern.<br>ERSETZEN DURCH:<br>Gerade auch in dem Bewusstsein der Ursachen einer grundsätzlich falschen Bundes- und Landespolitik im Sozialbereich ist es umso wichtiger, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise gegensteuern.   |
| Begründung    | Es sollte durchaus problematisiert werden, dass die Kommunen hier als "Reparaturbetrieb" tätig werden (sollen)! Beispielsweise die "Linke Liste – Solidarische Stadt" (Freiburg) formuliert dazu in ihrem Programmentwurf 2019: "Die sozialen Probleme liegen tief in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verankert. Die Kommunen müssen hohen finanziellen Aufwand betreiben, um dagegen vorzugehen. Eine stärkere Beteiligung von Bund und Ländern ist deswegen dringend notwendig." (Zitat Ende)<br>Und selbstverständlich müssen auch Landkreise in sozialpolitische Verantwortung genommen werden! |

## ÄNDERUNGSANTRAG 15

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 („exterritorial“) in Freiburg (Breisgau)  |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de  |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort"</b>  |
| Antragstext   | ZEILE 41ff<br>Wir wenden uns gegen jede Form von Sanktionen bei Hartz IV und lehnen kommunale „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ im Niedriglohnsektor ab.<br>ERSETZEN DURCH:<br>Wir wenden uns gegen jede Form von Sanktionen bei Hartz IV und lehnen kommunale „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ als rein symbolische, nicht nachhaltige Propagandainstrumente zur Stigmatisierung erwerbsloser Menschen ab. Bei der Auflage von Arbeitsmarktprogrammen ist vielmehr darauf zu achten, dass flächendeckend alle Betroffenen überhaupt eine reale Möglichkeit erhalten, daran aus eigenem Antrieb teilzunehmen. Sollte dieser Anspruch durch enge Limitierungen des Bundes - wie beispielsweise bei dem einstigen "Modellprojekt Bürgerarbeit" (2011–2014) - nicht gegeben sein, werden wir dies vor Ort in den Landkreisen und kreisfreien Städten kritisch thematisieren. Ebenso werden wir auf kommunaler Ebene qualitativ fragwürdige "Bildungsmaßnahmen" im SGB-II-Bereich hinterfragen, die offensichtlich nur dazu dienen, die zwangsweise darin zugewiesenen Menschen vorübergehend aus der Erwerbslosenstatistik zu entfernen. |

|            |  |
|------------|--|
| Begründung | <p>Die rein tarifpolitische Argumentation geht leider immer wieder an den realen Nöten der betroffenen Menschen und an der öffentlichen Diskussion über sie vorbei. Bei der erwähnten Bürgerarbeit – von der damaligen Fachministerin von der Leyen propagandistisch flächendeckend angepriesen – gab es von Anfang an eine strenge Limitierung auf bundesweit rund 34000(!) Arbeitsplätze und vor allem auf weniger als die Hälfte der Stadt- und Landkreise in der Bundesrepublik. Die Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald hat beispielsweise schon die Bewerbung ihrer Kommune um Teilnahme daran abgelehnt mit der Begründung, man habe doch – im Gegensatz etwa zum Stadtkreis Freiburg – im Grunde das Problem gar nicht, eine Verhöhnung der Betroffenen! All dies wurde freilich im Detail kaum öffentlichkeitswirksam und war leider auch im gewerkschaftlichen Umfeld überhaupt nicht Gegenstand der dort geäußerten Kritik. Gleichwohl wurden auch die vielen Menschen – oftmals sogar im eigenen familiären Umfeld – stigmatisiert, die somit überhaupt gar keine Möglichkeit hatten, daran teilzunehmen. Dazu braucht es eine kritische Auseinandersetzung durch Information über die Fakten. Und wie oft wird über die offenkundige Nutzlosigkeit jener erwähnten "Bildungsmaßnahmen" (Beispiel in Breisgau-Hochschwarzwald: "Aktiv-Center" der IHK-Bildungszentrum GmbH) geradezu gelästert ("Ja, das weiß doch jeder, dass das Unsinn ist..."), wirklich konkret zerlegt werden sie vor Ort dann aber leider viel zu wenig, die darin regelrecht verarschten Menschen werden in ihrer Hilflosigkeit allzu oft allein gelassen und leider auch von uns mit Floskeln (wie "Wir waren ja schon immer gegen Hartz IV...") abgespeist!</p> |
|------------|--|

## ÄNDERUNGSANTRAG 16

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Bezahlbare Mieten, statt hohe Rendite"</b>   |
| Antragstext   | <p>ZEILE 97f</p> <p>Nicht zuletzt wollen wir durch einen Ausbau des Nahverkehrs und der allgemeinen Infrastruktur auch den ländlichen Raum zum Wohnen und Arbeiten attraktiver machen.</p> <p><b>FORDERUNG IN DIESEM BLOCK ERSATZLOS STREICHEN</b></p>  |
| Begründung    | <p>Am Anfang dieses Themenblockes haben wir ja nach der Diskussion des "Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V." am 22.09.2018 in Reutlingen richtigerweise(!) erkannt, dass das Wohnungsproblem durch den Urbanisierungsdruck längst auch den (ehemaligen) ländlichen Raum erreicht hat. Diese Entwicklung sollten wir dann am Ende desselben Blockes nicht unbedingt forcieren wollen! Und die wohlbegründete Forderung nach Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum durch Infrastrukturentwicklung kommt ja auch noch dort, wo sie hingehört, insbesondere im Themenblock "Leben im ländlichen Raum fördern", siehe auch unseren Änderungsantrag zu Zeile 207f!</p> |

## ÄNDERUNGSANTRAG 17

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Leben im ländlichen Raum fördern"</b>  |
| Antragstext   | ZEILE 207f<br>Wenn der Bus nur einmal in der Stunde und nach 20 Uhr womöglich gar nicht mehr fährt, dann ist eine kulturelle Teilhabe schwierig.<br>ERSETZEN DURCH:<br>Wenn der öffentliche Nahverkehr dort vielfach nur aus dem Schulbusverkehr und vereinzelt Nachmittagsfahrten an Werktagen (Montag bis Freitag) besteht, dann ist eine kulturelle Teilhabe schwierig.  |
| Begründung    | Ohne dem Themenblock "Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn" detailliert vorgreifen zu wollen, aber der hier als Mangel beschriebene Zustand (immerhin Stundentakt quasi bis zum Ladenschluss in der nächsten Kleinstadt!) wäre in vielen Orten – auch in Baden-Württemberg – ein Wunschzustand. Der recht flapsig aus (groß-)städtischer Sicht formulierte Satz verhöhnt geradezu die davon betroffenen Menschen. |

## ÄNDERUNGSANTRAG 18

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss des Kreisvorstand vom 07.11.2018  |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn"</b>  |
| Antragstext   | ZEILE 222f<br>Mobilität ist ein Grundrecht und muss deswegen in öffentlicher Hand bleiben, Privatisierungen lehnen wir strikt ab!<br>ERSETZEN DURCH:<br>Mobilität ist ein Grundrecht, deswegen muss der ÖPNV unter klarer Aufgabenträgerschaft und demokratisch legitimer Kontrolle der öffentlichen Hand bleiben! Auftragsvergaben an Betreiber, die zu Qualitätsminderungen für die Nutzer, aber auch bei den Arbeitsbedingungen für die Personale führen, lehnen wir strikt ab! In diesem Sinne sind alle rechtlichen Möglichkeiten bei der Vergabe, insbesondere auch zulässige Direktvergaben zum Erhalt kommunaler Verkehrsbetriebe, auszuschöpfen.   |
| Begründung    | Die Dinge sind (eben leider) wesentlich komplizierter, als dass man ihnen mit dem Totschlagargument (abzulehnender) "Privatisierung" gerecht werden könnte. Bei vielen scheinbaren "Privatbahnen", die dann auch gerne von Akteuren in der Partei im Übereifer abgelehnt werden, handelt es sich in Wirklichkeit um kommunale oder landeseigene Unternehmen, wie beispielsweise die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (der Stadt Karlsruhe), die Bodensee-Oberschwaben-Bahn (mehrerer oberschwäbischer Kommunen) oder die Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG. Deren Aktivitäten und auch Innovationen ("Karlsruher Modell" mit weiterentwickelten Straßenbahnwagen auf Eisenbahnstrecken) haben vielfach ganzen Strecken wieder eine Zukunft gegeben, die schon zu Zeiten der |

(rückblickend auch oft verklärten) Bundesbahn praktisch "tot" waren, oder längst geschlossene Haltepunkte reaktiviert. Nun sind aber auch Betriebe im öffentlichen Eigentum nicht mehr automatisch Garanten für die im Änderungsantrag geforderte Qualität, auch dafür sind leider die gleichen Karlsruher durch "neumodische", nicht nachhaltige Personalpolitik ebenso ein trauriges Beispiel, wie die zahlreichen Probleme mit Schlecht-Leistungen der DB Regio AG, etwa auf der Hochrheinbahn oder bei der Stuttgarter S-Bahn. Und überhaupt ist der bundeseigene DB-Konzern längst nicht nur schützenswertes Opfer der neoliberalen Entwicklungen im Verkehrsmarkt, sondern auch Täter. International ohnehin schon mit der Tochter Arriva PLC, die beispielsweise im Stadtbusverkehr in London "wildert", aber auch die Zerstörung des kommunalen Pforzheimer Busunternehmens (und der dortigen Arbeitsverhältnisse!) ist der 100%igen DB-Gesellschaft Südwestbus GmbH zu verdanken, nachdem diese angab, die durch die Stadt – womöglich unnötig – ausgeschriebenen Leistungen eigenwirtschaftlich erbringen zu können (wodurch denn wohl finanziert??). Und ist das nun (keine) Privatisierung? Diese Fragen sollen verdeutlichen, dass auch dazu eine fundierte Diskussion in der Partei, die freilich im Rahmen eines Parteitages nicht möglich ist, endlich einmal dringend nötig wäre! Und daraus müssen wir dann ernsthafte Positionen entwickeln! Weiterführende Infoempfehlungen zur Geschichte der Bodensee-Oberschwaben-Bahn und des "Karlsruher Modells":  
<https://www.bob-fn.de/pdf/BOB-20a-Broschuere.pdf>  
<https://www.youtube.com/watch?v=SzqyNxW6GWw>  
<https://www.youtube.com/watch?v=18ocaZKjiC0>

## ÄNDERUNGSANTRAG 19

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss des Kreisvorstand vom 07.11.2018   |
| Kontakt       | <a href="mailto:vorstand@dielinke-breisgau.de">vorstand@dielinke-breisgau.de</a>   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn"</b>   |
| Antragstext   | ZEILE 223f<br>Neben einem Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen setzen wir uns daher auch für einen ÖPNV zum Nulltarif ein, der allen Bürgerinnen und Bürger zu Gute kommt. In den Städten, die vom Pendlerverkehr am stärksten betroffen sind, wollen wir hierzu mit den Bürger*innen zusammen erste Pilotprojekte anstoßen.<br>ERSETZEN DURCH:<br>Neben der Forderung des Ausbaus von Fahrrad- und Fußwegen wollen wir auch Möglichkeiten eines ÖPNV zum Nulltarif diskutieren und prüfen, der wirklich allen Bürgerinnen und Bürger zu Gute kommen kann. In den Städten, die vom Pendlerverkehr am stärksten betroffen sind, wollen wir hierzu mit den Bürger*innen zusammen erste Pilotprojekte anstoßen, werden dabei aber auch auf etwaige Prioritäten für Kapazitäts- und Qualitätsverbesserungen – letztere gerade auch im Hinblick auf den ländlichen Raum – achten. |
| Begründung    | Ganz ähnlich wie beim Thema "Privatisierung" sind auch hier fundierte Diskussionen (und dezentral Möglichkeiten dazu!) aller Aspekte nötig. Abwägungen der Chancen und Risiken müssen hier sehr sorgfältig vorgenommen werden. Ebenso sind Fragen der Gerechtigkeit der (verschiedenen) Finanzierungsmodelle längst noch nicht abschließend  |

geklärt. Und während ganz ähnliche Fragen in der Partei vergleichsweise dazu führen, sich beispielsweise beim Thema "Bedingungsloses Grundeinkommen" aus guten Gründen (noch) nicht festzulegen, soll hier offensichtlich eine unausgelegene Beschlusslage bereits auf allen Ebenen zementiert werden.

Ein konkretes Beispiel zu den Bedenken: auch in Baden-Württemberg bräuchten wir eine wesentliche Verbesserung der Angebote eines schnellen Regionalverkehrs im Eisenbahnbereich, andere (Bundes-)Länder sind da zum Teil bereits weiter (Beispiele die Anbindung des Coburger Raums an Nürnberg oder die Verbindung Nürnberg – Ingolstadt – München über Schnellfahrstrecken in Bayern, aber auch die wesentlich schnelleren Verbindungen auf der elsässischen Rheintalbahn im Vergleich zur deutschen Seite). Erste Überlegungen zum Regionalverkehr auf Neubaustrecken und auch konkrete Ansätze gibt es nun auch im Ländle, beispielsweise bereits die Mitbenutzung von Fernverkehrszügen auf der Gäubahn zum Nahverkehrstarif (durch Mitfinanzierung des Landes und bedingt durch Kapazitätsengpässe der dürrtigen Streckeninfrastruktur). Auch solche Modelle wären beispielsweise auf der deutschen Rheintalbahn dringend wünschenswert! Doch würden solche Nutzungsverbesserungen unter den politischen Bedingungen eines zum Nulltarif zu gewährleistenden ÖPNV zu erhalten sein? Oder werden die betroffenen Pendler dann (wieder verstärkt) auf den teuer zu bezahlenden Fernverkehr verwiesen? Und was hätten diese Menschen dann gewonnen?

## ÄNDERUNGSANTRAG 20

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn"</b>  |
| Antragstext   | ZEILE 227ff<br>Der barrierefreie Aus- und Umbau muss mit größeren Anstrengungen betrieben werden.<br>ERGÄNZEN DURCH:<br>Die bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben, ab 2022 grundsätzlich nur noch nur noch barrierefreien ÖPNV zu betreiben, dürfen aber keinesfalls als Vorwand dienen, ohnehin dürrtliche Verkehrsangebote gerade im ländlichen Raum weiter zurückzufahren.   |
| Begründung    | Insbesondere das 2013 novellierte Personenbeförderungsgesetz ("zuständig" für öffentliche Verkehre außerhalb des Eisenbahnbereichs) sorgt bereits für einige Verunsicherung über die möglichen Folgen und begründeten(!) Ausnahmemöglichkeiten, sofern man sich denn vor Ort bereits damit befasst hat. Beispielsweise haben die lokalen Aufgabenträger ein (Bus-)Haltestellenkataster zu erstellen, in dem die Ist-Zustände und Umbaumöglichkeiten überhaupt einmal erfasst werden. Zu all diesen damit verbundenen Fragen wäre auch eine Handreichung der Fachpolitiker aus der Bundestagsfraktion für die Kommunalpolitik sehr wünschenswert. Wie gesagt: die Uhr tickt quasi bereits! Die aufgeworfenen Fragen finden sich beispielsweise in diesen Vortragsfolien eines Verantwortlichen der „Hamburger Verkehrsverbund GmbH“: <a href="https://www.dbsv.org/mobil-von-tuer-zu-tuer-fachtagung-2017.html?file=files/ueber-dbsv/struktur/fachausschuesse/gfuv/2.3%20Thamm_Berlin%203.3.%20DBSV.pdf">https://www.dbsv.org/mobil-von-tuer-zu-tuer-fachtagung-2017.html?file=files/ueber-dbsv/struktur/fachausschuesse/gfuv/2.3%20Thamm_Berlin%203.3.%20DBSV.pdf</a> |

## ÄNDERUNGSANTRAG 21

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Direkte Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte"</b>  |
| Antragstext   | ZEILE 251ff<br>Bürger*innenanträge und -Entscheide wollen wir deswegen auch auf Landkreisebene ausweiten und fordern die Direktwahl der Landräte und Landrätinnen<br>ERGÄNZEN DURCH:<br>ebenso wie ein Verbot der Mitgliedschaft von Bürgermeister*innen in den Kreistagen. In dem Bewusstsein, dass es sich hierbei um landespolitische Forderungen handelt, rufen wir anlässlich der Kreistagswahlen – neben dem Werben für unsere eigenen Kandidaten – insbesondere dazu auf, die traditionell zahlreich kandidierenden Bürgermeister*innen nicht zu wählen. |
| Begründung    | Es sollte für DIE LINKE in Baden-Württemberg völlig klar sein, dass Bürgermeister der Kreisgemeinden (in Breisgau-Hochschwarzwald sind es aktuell über 41% der Kreisträte!) letztlich im Kontrollorgan ihrer übergeordneten Behörde nichts zu suchen haben – auch im Bewusstsein vereinzelter Beispiele aus der eigenen Partei (leider!) in anderen Bundesländern! Allerdings sollte uns auch klar sein, dass die hier geforderten gesetzlichen Regelungen nicht in der Entscheidungskompetenz der Kommunalparlamente liegen!                                   |

## ÄNDERUNGSANTRAG 22

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Solidarität statt Hass – Geflüchtete integrieren, Rassismus bekämpfen"</b>   |
| Antragstext   | ZEILE 266f<br>Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen.<br>ERGÄNZEN DURCH:<br>Das bedeutet für uns, dass selbstverständlich alle Menschen in sozialen Notlagen durch die Kommunen verbindlich die gleiche Hilfe und Unterstützung – beispielsweise im Bereich der Wohnraumbeschaffung, aber auch bei der Bewilligung von Bildungsangeboten – erhalten müssen, wie die über Verteilungsschlüssel dort fest zugewiesenen Flüchtlinge.<br>UND AUS DIESER ÄNDERUNG DANN WEGEN SINNHAFTHKEIT RESULTIEREND:<br>ZEILE 267f<br>Stattdessen unterstützen wir Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen |

|            |   |
|------------|---|
|            | Asylrechts und antifaschistische Aktivitäten, wie beispielsweise das Konzept von „Sanctuary Cities“.<br>AUSSAGE VERSCHIEBEN IN SATZ ZEILE 271f:<br>Wir beteiligen uns deswegen vor Ort an Bündnissen gegen Rechts wie „Aufstehen gegen Rassismus“ und unterstützen Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts und antifaschistische Aktivitäten, wie beispielsweise das Konzept von „Sanctuary Cities“. |
| Begründung | Die Ergänzung soll auf die real durchaus vorhandene Problematik hinweisen, dass Kommunen gegenüber den ihnen zugewiesenen Flüchtlingen verpflichtet sind und dies auch wahrnehmen (müssen), während sie andere sozial benachteiligte Menschen gerne "nach nebenan" zu verdrängen versuchen, beispielsweise in der Frage der Wohnraumversorgung, insbesondere zu den sozialrechtlichen KdU-Sätzen.                           |

### ÄNDERUNGSANTRAG 23

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 20.10.2018 in Freiburg (Breisgau)   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de   |
| Thema / Bezug | <b>Änderungsantrag zu "Antrag des Landesvorstandes: Kommunalpolitische Eckpunkte", hier Themenblock "Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion"</b>  |
| Antragstext   | ZEILE 283ff<br>Wir tragen die Forderung der Friedensbewegung in alle Städte und Gemeinden:<br>Rüstungsproduktion schließen, Rüstungsexporte verbieten!<br>ERGÄNZEN DURCH:<br>Weiterhin treten wir dafür ein, Gemeinden mit militärischen Standorten eine Zukunft ohne diesen örtlich oft überschätzten "Wirtschaftsmotor" zu geben. Denn gelungene Beispiele der Konversion gibt es bereits gerade auch in Baden-Württemberg!   |
| Begründung    | Nach wie vor wird leider beispielsweise in Müllheim(Baden) der Sitz des Stabes und eines Logistikbataillons der sogenannten Deutsch-Französischen Brigade als (wirtschaftlich) lebensnotwendig für die Stadt angesehen. Die Stadtführung denkt gar nicht daran, der tatsächlich nicht unbedingt boomenden ehemaligen Kreisstadt überhaupt eine Zukunft ohne das Militär geben zu wollen. Gleichzeitig sind wenige Kilometer nördlich Akteure der gleichen politischen Richtung stolz darauf, dass es im heutigen Gewerbepark Breisgau mittlerweile mehr Arbeitsplätze gibt, als jemals zu Zeiten des ehemaligen Luftwaffenstandortes Bremgarten dort. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 24

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Die Linke. KV Ulm/Alb-Donau   |
| Kontakt       | vorstand@linke-ulm.de   |
| Thema / Bezug | <b>Leitantrag Kommunalpolitische Eckpunkte - Wohnraumförderung</b>  |
| Antragstext   | Zeile 97 nach „Tagesordnung“ einfügen Soziale Wohnraumförderung ist nicht nur Neubau, sondern auch der Erhalt von günstigen Wohnungen, hierfür ist es notwendig alle Instrumente, die das BauGB bietet zu nutzen. |
| Begründung    | Wohnungen, die heute noch sehr günstig sind, werden von den Besitzern, oft  |

Finanzinvestoren mit angeschlossener Immobilienwirtschaft, wie z.B. Vonovia, renoviert und saniert. Anschließend wird die Kaltmiete soweit wie möglich erhöht und ist danach von den Mietern nicht mehr bezahlbar, die Folge ist, dass die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in dem Quartier nicht erhalten bleibt. Hier gibt uns das BauGB Instrumente an die Hand, z.B. Erhaltungssatzungen, um die Mieter vor dem Zugriff dieser Investoren zu schützen.

## ÄNDERUNGSANTRAG 25

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Die Linke. KV Ulm/Alb-Donau   |
| Kontakt       | vorstand@linke-ulm.de   |
| Thema / Bezug | <b>Leitantrag Kommunalpolitische Eckpunkte - Bürgerhaushalte</b>  |
| Antragstext   | Zeile 247 einfügen z.B. durch Bürgerhaushalte   |
| Begründung    | Der Begriff des Bürgerhaushalts steht in breiten Schichten der Bevölkerung für Mitgestalten in der Kommunalpolitik. Durch dieses Instrument können die Bürger einer Kommune direkt mit beratendem Charakter Einfluß auf die Politik ihrer Gemeinde ausüben. |

## ÄNDERUNGSANTRAG 26

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Die Linke. KV Ulm/Alb-Donau  |
| Kontakt       | vorstand@linke-ulm.de  |
| Thema / Bezug | <b>Kultur schafft Identitäten und überwindet Grenzen</b>   |
| Antragstext   | <p>Zeile 153 bis 167 ersetzen durch</p> <p>Kultur schafft Identitäten und überwindet Grenzen, sie schafft Austausch und Lebensqualität in den Kommunen. Wir bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und wirken allen Versuchen diese zu beschneiden entgegen. Dabei sind kommunale Kulturträger, als auch freie Gruppen und nicht kommerzielle Angebote gleichwertig zu sehen. Alle kulturellen Angebote bedürfen der ausreichenden Finanzierung, um in die Gesellschaft wirken zu können. Das gilt für das selbstverwaltete Jugendzentrum ebenso, wie für städtische Einrichtungen. Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können, deshalb unterstützen wir aktiv die Initiative des Ensemblesnetzwerks „40 000 Theatermitarbeiterinnen treffen ihre Abgeordneten“ um hier das Gespräch zu suchen. Wir setzen uns für Ausstellungshonorare und günstige Arbeitsräume für Künstler ein. Um die Arbeit und kommunale Verankerung der Bildenden Künstler zu unterstützen soll in jedem Bauprojekt ein bildender Künstler beratend mitwirken. Beispielhaft ist hier das Programm quivid in München. Am kulturellen Angebot müssen alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, die Angebote müssen barrierefrei sein und allen Bürgern offen stehen. Die Möglichkeit der Teilhabe für alle zu schaffen ist Aufgabe der Kommune</p> |
| Begründung    | Bisheriger Text ist in einigen Punkten zu unkonkret.. Wir müssen hier die Künstler und Kulturschaffenden direkter ansprechen., Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass Kulturelle Teilhabe Aufgabe der Kommune ist und nicht von privaten Initiativen. Seit die AfD in Parlamenten vertreten ist, ist die Freiheit der Kunst gefährdet, da Einfluss auf Spielpläne genommen werden soll.   |

### ÄNDERUNGSANTRAG 27

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Die Linke. KV Ulm/Alb-Donau  |
| Kontakt       | vorstand@linke-ulm.de  |
| Thema / Bezug | <b>Leitantrag Kommunalpolitische Eckpunkte - Wohnungslose</b>  |
| Antragstext   | Zeile 93 nach „durchsetzen“ einfügen In jedem neuen Baugebiet soll ein Kontingent an Wohnungen für Wohnungslose entstehen. Die Belegungsrechte für diese Wohnungen erhalten soziale Träger.  |
| Begründung    | In vielen Städten gibt es keine oder kaum Möglichkeiten, Menschen die aus verschiedenen Gründen ungewollt wohnungslos sind Ausweichquartiere zur Verfügung zu stellen, es bleibt oft nur das Übernachtungsheim, was für viele der Betroffenen mit persönlichen Nachteilen verbunden ist. Das kann durch diese Maßnahme vermieden werden. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 28

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Die Linke. KV Ulm/Alb-Donau   |
| Kontakt       | vorstand@linke-ulm.de   |
| Thema / Bezug | <b>Leitantrag Kommunalpolitische Eckpunkte</b>  |
| Antragstext   | Bisheriger Text Zeile 165 bis 167 nicht in diesen Abschnitt verschieben auf 273 ff.   |
| Begründung    | Der Themenbereich Racial Profiling ist im Kapitel Kulturelle Teilhabe unglücklich platziert, thematisch besser im Kapitel Solidarität statt Hass — „Geflüchtete integrieren, Rassismus bekämpfen“ |

### ÄNDERUNGSANTRAG 29

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Antikapitalistische Linke (AKL)   |
| Kontakt       | Wolfram Klein   |
| Thema / Bezug | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn - Nulltarif</b>  |
| Antragstext   | Zeile 35: Die Wörter „das wollen wir in allen Städten und Landkreisen realisieren“ streichen  |
| Begründung    | Begründung: Wir wollen den Nulltarif („ticketfreien ÖPNV“) noch in der kommenden Wahlperiode der Gemeinderäte (s. Antrag zu Z 223 f.) |

### ÄNDERUNGSANTRAG 30

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Antikapitalistische Linke (AKL)   |
| Kontakt       | Wolfram Klein   |
| Thema / Bezug | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn – Nulltarif II</b> |
| Antragstext   | Zeile 223 f. „setzen wir uns daher auch für einen ÖPNV zum Nulltarif ein“ ersetzen durch    |

|            |   |
|------------|---|
|            | „wollen wir einen flächendeckenden ticketfreien ÖPNV bis 2022“  |
| Begründung | Im Sofortprogramm Klima der Partei ( <a href="https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/20180813-Sofortprogramm-Klima.pdf">https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/20180813-Sofortprogramm-Klima.pdf</a> ) vom 13. August heißt es im 1. Punkt zum ÖPNV als erste Forderung: „Ein flächendeckender ticketfreier ÖPNV in ganz Deutschland bis 2022.“ Wir haben keinerlei Veranlassung, die konkrete Jahreszahl 2022 durch ein unbestimmtes „wir setzen uns ein“ zu ersetzen, zumal das Jahr 2022 innerhalb der kommenden Wahlperiode der Gemeinderäte liegt. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 31

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Antikapitalistische Linke (AKL)   |
| Kontakt       | Wolfram Klein   |
| Thema / Bezug | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn – Pendler – CO2 - Feinstaub</b>  |
| Antragstext   | Z 225: „vom Pendlerverkehr“ ersetzen durch „von Pendlerverkehr, CO2 und Feinstaub“  |
| Begründung    | Angesichts der Folgen der CO2-Emissionen für das Klima und des Feinstaubes für die Gesundheit ist nicht nachvollziehbar, sich auf den Pendlerverkehr als einziges Kriterium zu beschränken. Im im Änderungsantrag zu Z. 223 f. zitierten Sofortprogramm heißt es im Anschluss: „Wir beginnen mit einer Modellprojektphase in den 15 Städten, die am stärksten durch CO2 und Feinstaub belastet sind.“ ( <a href="https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/20180813-Sofortprogramm-Klima.pdf">https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/20180813-Sofortprogramm-Klima.pdf</a> ) |

### ÄNDERUNGSANTRAG 32

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Antikapitalistische Linke (AKL)   |
| Kontakt       | Wolfram Klein   |
| Thema / Bezug | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Verkehrswende: Ausbau von Bus und Bahn – Stuttgart 21</b>   |
| Antragstext   | Einfügen nach Z 228:<br>„Stuttgart 21 sabotiert die notwendige Verkehrswende im ganzen Land, u.a. weil es ein Verkehrs-Nadelöhr schafft, das zu einem Integrierten Taktfahrplan in Widerspruch steht, und weil es öffentliche Mittel „kannibalisiert“, die für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in der Fläche bestimmt und notwendig sind. Die LINKE lehnt dieses Projekt weiterhin entschieden ab.“                                     |
| Begründung    | Die Argumente der Bewegung gegen Stuttgart 21 wurden durch die Entwicklungen der letzten Jahre bestätigt, oft übertroffen. Das Projekt ist keineswegs (so gut wie) fertig gebaut. Wichtige Teilabschnitte sind weiterhin noch nicht mal genehmigt. Das von der Bewegung gegen S21 vorgelegte Umstiegs-Konzept macht deutlich, dass ein Ausstieg aus Stuttgart 21 weiterhin möglich und auch viel billiger als die Fortführung des Projekts ist. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 33

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Antikapitalistische Linke (AKL)  |
| Kontakt       | Wolfram Klein  |
| Thema / Bezug | <b>Kommunalpolitische Eckpunkte – Solidarität statt Hass – Geflüchtete integrieren, Rassismus bekämpfen</b>  |
| Antragstext   | Einfügen in Z. 269:<br>„Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen jede Mitwirkung an Abschiebungen verweigern.“  |
| Begründung    | Das sollte eigentlich in dem Begriff der Sanctuary cities mit enthalten sein. Aber angesichts der Bedeutung der Frage und angesichts dessen, dass sich inzwischen z.B. der Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), René Wilke (Die LINKE!) für die Abschiebung von kriminellen Flüchtlingen – und damit für die Ungleichbehandlung von kriminellen Flüchtlingen und kriminellen Deutschen – ausgesprochen hat, ist eine unmissverständliche Formulierung angebracht. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 34

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | AKL   |
| Kontakt       | Werner Ott  |
| Thema         | Begrifflichkeit „Reformalternativen“ vs. „Demokratischer Sozialismus“   |
| Antragstext   | In Zeile 22 streichen: [...]“mit dem Eintreten für Reformalternativen.“   |
| Begründung    | Der Begriff „Reformalternativen“ macht zu wenig deutlich, dass wir über Reformen im Kapitalismus hinausgehen müssen, weil wir eine andere Gesellschaft wollen. Diese drückt der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ eher aus, weshalb in dieser Kürze die Aussage klarer und perspektiv gesellschaftstransformativ wird. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 35

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | AKL  |
| Kontakt       | Werner Ott   |
| Thema         | Kommunalpolitische Eckpunkte   |
| Antragstext   | In Zeile 59 nach Tariffucht einfügen:<br>[...Niedriglöhne, Tariffucht] „und Befristungen“ [werden.]                        |
| Begründung    | Befristungen tragen vor allem zur Unsicherheit der Lebensplanung bei und sind Schritte auf dem Weg zur Kürzungen von Lohn. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 36

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | AKL  |
| Kontakt       | Werner Ott   |
| Thema         | Kommunalpolitische Eckpunkte – Respekt und gute Arbeit   |
| Antragstext   | <p>Ergänzung in Zeile 63 nach „... auch eine kommunale Aufgabe.“ durch:</p> <p>„Die Kommunen müssen als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen: Statt der Niedriglöhne in den unteren Entgeltgruppen des TVÖD wollen wir 15 Euro Mindestvergütung für kommunale Beschäftigte und außerdem die Abschaffung sachgrundloser Befristungen in den Kommunen.“</p> <p>Dafür Streichung des Satzes in Zeile 65 bis 66:</p> <p>„Wir setzen uns . . . . Mindestlohn von 12 Euro ein.“</p>   |
| Begründung    | <p>Im „reichen“ Baden-Württemberg sind die Lebenshaltungskosten, insbesondere Mieten, so hoch, dass bereits heute kein Mensch mit 12 Euro Stundenlohn menschenwürdig leben kann und „Aufstockung“ oder „Wohngeld“ bei der Kommune beantragen muss. Dieser Umstand allein ist schon absurd. Dieses niedrige Einkommen schürt weitere Altersarmut.</p> <p>Entgegen der Arbeitgeberargumentation in den Tarifverhandlungen zum TVÖD haben die extra eingeführten Niedriglohngruppen nicht verhindert, dass die Kommunen „einfache Tätigkeiten“ weiter auslagern. Dieses von den Kommunen angebrachte Argument ist folglich haltlos und wurde nur als Lohndrückerei missbraucht.</p> |

### ÄNDERUNGSANTRAG 37

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | AKL   |
| Kontakt       | Werner Ott  |
| Thema         | Wohnen  |
| Antragstext   | <p>Zeile 74 bis Zeile 79 Mitte [bis „dazukommen.“] ersetzen durch:</p> <p>Im Kapitalismus werden Wohnungen nicht für Mieter*innen sondern für den Profit gebaut. Deshalb gibt es Profite für wenige und Wohnungsnot für viele. Der kapitalistische Wohnungsmarkt versorgt nur zahlungskräftige Mieterhaushalte.</p> <p>Der Neoliberalismus hat die Situation enorm verschärft. Regulierungen zugunsten von Mieter*innen wurden zurückgenommen, Mieterrechte verschlechtert, öffentliche Wohnungen im großen Stil verkauft. Mehr denn je sind Wohnungen Spekulationsobjekt.</p> <p>Der Verkauf der 21.500 Wohnungen der LBBW hat dazu geführt, dass die Mieten dieser Wohnungen, die heute der VONOVIA gehören extrem verteuert wurden. Gleichzeitig sind die Gewinne der VONOVIA explodiert. DIE LINKE fordert die Rücküberführung der VONOVIA in öffentliches Eigentum durch Enteignung.</p> <p>Die Spekulation mit Immobilien hat zu einem hohen Leerstand geführt. Wir fordern, dass spekulativer Leerstand bei Wohnungen, Büro- und anderen Gewerberäumen beschlagnahmt, enteignet und für Wohnungszwecke zur Verfügung gestellt bzw. umgenutzt wird.</p> <p>Während die Miete in die Höhe getrieben werden, wird der soziale Mietwohnungsbau vernachlässigt. Von den 250 Millionen, die das Land Baden Württemberg für den Bau</p> |

|            |  |
|------------|--|
|            | von Sozialwohnungen zur Verfügung stellt, wurden nur 190 Millionen abgerufen. Hinzu kommt, dass die Kostenmiete bei den Sozialwohnungen abgeschafft wurde und neu gebaute und modernisierte Sozialwohnungen heute viel zu teuer sind.  |
| Begründung | Der Antrag stellt die Problematik bei den Mieten deutlich in den Zusammenhang der kapitalistischen Wirtschaft, was zunehmend auch von den Betroffenen so gesehen wird. Deshalb sollte der Leitantrag hier nicht hinter deren Wahrnehmung zurückgehen.<br>Dazu gehören ein eklatantes Beispiel von Spekulation, die sich daraus ergebende Forderung für Überführung in öffentliches Eigentum und konkrete Forderungen zu Leerstand und Sozialwohnungen. |

### ÄNDERUNGSANTRAG 38

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | AKL  |
| Kontakt       | Werner Ott   |
| Thema         | Wohnungsbau  |
| Antragstext   | Zeile 83 bis Zeile 84, Mitte ersetzen durch:<br>„DIE LINKE fordert, dass die Versorgung der breiten Mehrheit der Bevölkerung mit guten und bezahlbaren Wohnungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gemacht wird. Die Kommunen müssen selber nach dem Vorbild des Wiener Gemeindebaus auf eigenen Grundstücken Wohnungen bauen. Der Bund muss dafür Gelder zur Verfügung stellen.“ |
| Begründung    | Der Antrag stellt über den Text des Leitantrags hinaus den prinzipiellen Zusammenhang her, dass Wohnen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört und gibt Wien als gelungenes Beispiel an.   |

### ÄNDERUNGSANTRAG 39

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | AKL   |
| Kontakt       | Werner Ott  |
| Thema         | Wohnen III  |
| Antragstext   | In Zeile 88 „abbremsen bzw. ganz stoppen“ ersetzen durch „verhindern und sogar Mieten absenken“ |
| Begründung    | Der Antrag formuliert konkret, der Leitantrag bleibt zu allgemein.                              |

### ÄNDERUNGSANTRAG 40

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | AKL   |
| Kontakt       | Werner Ott  |
| Thema         | Kommunalpolitische Eckpunkte  |
| Antragstext   | Streichen Zeile 88 Mitte bis Zeile 90 Mitte: „Vor Ort...zu vergeben.“ |
| Begründung    | Diese Vorschläge sind nicht ausreichend. Nähere Begründung mündlich.  |

## ÄNDERUNGSANTRAG 41

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | AKL  |
| Kontakt       | Werner Ott   |
| Thema         | Kommunalpolitische Eckpunkte   |
| Antragstext   | Ab Zeile 90 Mitte bis Satzende Ziele 91 ersetzen durch:<br>„ Bundesweit gibt es 600.000 voll erschlossene Baugrundstücke, davon z.B. 500 in Tübingen. Wir fordern, dass die Kommunen die gesetzlichen Möglichkeit nutzen, Baugebote zu erlassen und bei Nichteinhaltung die Grundstückbesitzer enteignen und dann preisgünstige städtische Wohnungen bauen.“ |
| Begründung    | Der Antrag enthält konkrete Forderungen zur Zurückführung in öffentliche Hand.   |

## Anträge zur Partei

### P1 ANTRAG Partei

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE. queer Baden-Württemberg  |
| Kontakt       |   |
| Thema         | <b>Geschlechtergerechte Sprache</b>   |
| Antragstext   | Der Landesverband möge künftig in allen internen wie externen Verlautbarungen (z. B. Wahlprogramme, Pressemitteilungen, Leitanträge, Protokolle) eine geschlechtergerechte Sprache verwenden, die dritte Geschlechtsoptionen berücksichtigt.  |
| Begründung    | <p>Ein ausschließlich binär definiertes Geschlechtermodell von „männlich“ und „weiblich“ kann Geschlechter, die zwischen diesen Polen (Intersexuelle) oder außerhalb dieser Binarität (Non-Binäre) stehen, nicht hinreichend beschreiben. Das Bundesverwaltungsgericht hat anerkannt, dass das Fehlen einer dritten Geschlechtsoption im Personenstandsrecht diskriminierend ist; die Bundesregierung ist dieser Vorgabe gefolgt und hat den Geschlechtseintrag „divers“ zusätzlich zu „männlich“ und „weiblich“ geschaffen.</p> <p>DIE LINKE. Baden-Württemberg sollte ihre progressive Haltung zu diesem Thema auch in der von ihr verwendeten Sprache kenntlich machen und signalisieren, dass alle Geschlechter akzeptiert und angesprochen werden.</p> <p>Zum geschlechtergerechten Formulieren gibt es im Internet zahlreiche Veröffentlichungen. Auch wenn viele von ihnen noch ausschließlich binär ausgerichtet sind, so enthalten sie gute Beispiele, die auch gegenüber Menschen mit dritter Geschlechtsoption diskriminierungsfrei verwendet werden können.</p> <p>Exemplarisch seien hier aufgeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verwendung von nd-Formen = „Studierende“ statt „Studenten und Studentinnen“</li> <li>• Verwendung alternativer Bezeichnungen, z.B. „Lehrkräfte“ statt „Lehrer und Lehrerinnen“</li> <li>• Verwendung von Gendergap oder Gendersternchen = „Teilnehmer_innen“ oder „Teilnehmer*innen“</li> </ul> <p>Achtung: Das Binnen-I („ArbeiterInnen“) und der Schrägstrich („Arbeiter/innen“) werden binär wahrgenommen und sind daher nicht geeignet, inklusiv in Bezug auf Menschen mit dritter Geschlechtsoption zu wirken.</p> |

## P2 ANTRAG Partei

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE. queer Baden-Württemberg   |
| Kontakt       |  |
| Thema         | Homo- und Transfeindlichkeit   |
| Antragstext   | Der Landesverband möge künftig bei allen internen wie externen Verlautbarungen, die sich mit Menschenfeindlichkeit, zum Beispiel gegenüber queeren (lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen etc.) Menschen befassen, Begriffe wie „Homo-, Trans- und InterPHOBIE“ möglichst durch „Homo-, Trans- und InterFEINDLICHKEIT“ ersetzen.   |
| Begründung    | Rechte Personen, Organisationen und Parteien führen ihre menschenfeindlichen Kampagnen nicht nur gegen Geflüchtete, sondern gegen ganz unterschiedliche Gruppierungen und Einzelpersonen. Das Ausgangsmotiv der Akteur*innen ist dabei weniger eine „Phobie“ (also Angst), sondern die bewusst eingesetzte Methode, durch das Verbreiten von Desinformationen und Verunsicherungen Neid und Angst überhaupt erst zu erzeugen, und auf diese Weise gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Um dieses Ausgangsmotiv deutlich zu machen, halten wir „-feindlichkeit“ für den passenderen Begriff, und schlagen vor, ihn statt „-phobie“ zu verwenden. |

## P3 ANTRAG Partei

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | DIE LINKE Kreisverband Esslingen  |
| Kontakt       | Heinrich Brinker  |
| Thema         | <b>Regionale Kooperation der Kreisverbände durch Koordinationsräte</b>  |
| Antragstext   | Die Kreise Esslingen, Göppingen, Rems-Murr, Ludwigsburg, Böblingen und Stuttgart haben für ihre Region einen Koordinationsrat gebildet. Ziel ist, die Kreise in der Fläche durch Kooperation untereinander zu stärken und die Unterstützung durch den Landesvorstand und der Landesgruppe der Bundestagsfraktion zu erweitern. Der Landesvorstand prüft bis Ende März welche anderen Kreisverbände ebenfalls eine regionale Kooperation wünschen. Der Landesvorstand unterstützt die interessierten Kreisverbände, diesen Ansatz auf ihre Regionen zu übertragen und vor Ort zu gestalten.  |
| Begründung    | Nach jeder Wahl stellen wir fest, dass wir die Partei unbedingt in der Fläche entwickeln müssen. Ohne eine gestärkte LINKE in der Fläche werden wir in Baden-Württemberg keinen Erfolg haben. Die bisherigen Initiativen vom Landesvorstand haben in den Kreisen keine Wirkung erzielt. Die Kreisverbände untereinander und die jeweiligen parlamentarischen Mandatsträger operieren zu wenig gemeinsam. In den Flächenkreisen ist die Unterstützung vom Landesvorstand nur rudimentär entwickelt. Auch die Landesgruppe der Bundestagsfraktion bietet sich in diesen Kreisen, fernab von Bundestagsbüro kaum aktiv an. In der Region Stuttgart ist ein Koordinationsrat entstanden, der diesem Mangel entgegenzutreten soll. Er versteht sich als Gremium zur Koordination und Stärkung der Arbeit in der Region Stuttgart. Es unterstützt die Vernetzung der Kreisverbände und der Mandatsträger in der Region. Der Koordinationsrat will durch seine Tätigkeit die kommunalpolitische und parlamentarische Arbeit der Partei unterstützen, die Diskussion der Mitglieder, der Kreis- und Gemeinderäte zu alternativen Handlungsansätzen für eine demokratische, solidarische und nachhaltige Kommunalpolitik führen und zur politischen Bildung beitragen. Die Hauptaufgabe liegt in der Koordination der Arbeit der Kreisverbände, und den Mandatsträgern in den Parlamenten. |

**P4 ANTRAG Partei**

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | DIE LINKE Kreisverband Esslingen   |
| Kontakt       | Heinrich Brinker   |
| Thema         | <b>DIE LINKE braucht das Land<br/>Initiativen zur Stärkung der Partei in der Fläche</b>  |
| Antragstext   | <p>In allen Wahlanalysen haben wir festgestellt, dass wir als LINKE außerhalb der Zentren politische Bewegung initiieren müssen, wenn wir dauerhaft ein politisches Gewicht in diesem Lande erreichen wollen. Die Initiativen des Landesverbandes haben vor Ort bisher keine Wirkung erzielt. Die Ansätze reichen weder aus, noch kommen sie in der konkreten Arbeit der Kreisverbände an. Neben der lokalen Analyse in den Kreisverbänden fehlt es an der konkreten Hilfestellung der Aktiven in diesen Regionen. Es ist noch nicht gelungen, unsere Verankerung in der Fläche wesentlich zu steigern. Wir müssen uns u.a. fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie kann die begrenzte Anzahl der Aktiven in der Fläche mehr Wirkung erzielen?</li> <li>• Wie können die Kräfte in der Fläche gebündelt werden?</li> <li>• Wie können die Aktiven voneinander lernen und voneinander profitieren?</li> <li>• Wie können die ganze Partei und insbesondere der Landesvorstand die betroffenen Kreisverbände unterstützen?</li> </ul> <p>Um unsere Partei in der Fläche endlich zu stärken, müssen wir Antworten auf diese Fragen finden. Wir fordern den Landesvorstand auf, gemeinsam mit den Kreisverbänden einen konkreten Entwicklungsplan vor Ort aufzustellen. Der Landesvorstand wird in enger Kooperation mit den Kreisverbänden eine Analyse in jedem Kreis initiieren bzw. unterstützen und die Erstellung maßgeschneiderte Entwicklungsmaßnahmen für die betroffenen Kreisverbände personell und inhaltlich begleiten. Mit Unterstützung des Landesverbandes werden die Kreisverbände bis Mitte 2019 einen Entwicklungsplan erarbeiten. Der Fokus wird zunächst auf die „Flächenkreise“ gelegt. Bis zur Kommunalwahl sollte die Analyse und Maßnahmenplanung sich auf den Kommunalwahlkampf fokussieren und bis Ende 2019 mit weiteren Themenfeldern vervollständigt werden. Folgende Themen sollten in diesem Entwicklungsplan u.a. enthalten sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Maßnahmen zur Beratung und Unterstützung durch den Landesvorstand</li> <li>• Maßnahmen zur effizienten Kommunikation in den Kreis- und Ortsverbänden</li> <li>• Maßnahmen, um Kampagnen „flächentauglich“ zu machen.</li> <li>• Maßnahmen zur regionalen Kooperation der Kreisverbände, Landesvorstand und Mandatsträger in Gemeinden, Kreisen, Region und Bund.</li> </ul> |
| Begründung    | <p>Bisher haben wir bei jeder Wahlanalyse festgestellt, dass es nicht reicht, nur in den großen Städten präsent zu sein. Wir benötigen ein Konzept, das den Flächenkreisen personelle und inhaltliche Unterstützung bietet. Ein Konzept, das die konkreten Verhältnisse vor Ort berücksichtigt. Und ein Konzept, was die Kooperation mit anderen Kreisen, Mandatsträgern, Landesvorstand und Bundestagslandesgruppe umfasst. Es ist notwendig, die Kreisverbände konkret zu unterstützen. Dies muss sowohl inhaltlich also materiell durch Medien, Kommunikationsmittel usw. erfolgen.</p>   |

**P5 A N T R A G Partei**

**Anmerkung der Antragskommission: Dieser Antrag wurde in dieser so gestellten Form zurückgezogen. Und soll durch den Antragstext ersetzt werden, wie er auf der Landesausschuss-Sitzung vom 21. Oktober 2018 beschlossen wurde. Der Text findet sich hinter diesem Antrag hier unten.**

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | DIE LINKE Kreisverband Esslingen  |
| Kontakt       | Heinrich Brinker  |
| Thema         | <b>Solidarische Diskussion in der Partei stärken</b>  |
| Antragstext   | Der Landesparteitag fordert alle Parteigremien in Baden-Württemberg auf, die Auseinandersetzung um die Bewegung #Aufstehen nicht durch weitere Stellungnahmen und Anträge zu befeuern. Er stimmt der Aussage des Geschäftsführenden Parteivorstands vom 13.08.2018 zu: „Aufstehen ist eine Initiative von Einzelpersonen, kein Projekt der Partei DIE LINKE.“ Jedes einzelne Parteimitglied ist berechtigt, sich bei Aufstehen zu beteiligen, wenn sie/er der Meinung ist, damit für die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen zu kämpfen. Der Landesparteitag hat keinen Zweifel, dass alle Genossinnen und Genossen im Landesverband Baden-Württemberg, sich für die Stärkung linker Positionen und der Partei einsetzen. Öffentliche Stellungnahmen in den Medien oder auch Anträge gegen Parteimitglieder, in welcher Position auch immer, führen nicht zur Stärkung der Partei, sondern eher zur Frustration und Spaltung der Aktiven. Der Landesparteitag setzt sich für eine solidarische Diskussionskultur ein und fordert alle Parteigremien auf, in dieser Weise initiativ zu werden. Es darf kein „Ihr“ und „Wir“ geben, sondern ein solidarisches und faires Miteinander. Der gesamte Landesverband muss sich, mit Blick auf die kommenden Wahlen, mit aller Kraft auf die wichtigsten Politikfelder in den Kommunen und in Europa konzentrieren. |
| Begründung    | Durch die eskalierte Auseinandersetzung um die Bewegung Aufstehen droht die Diskussionskultur in der Partei Schaden zu nehmen. Es muss möglich sein, dass DIE LINKE, die einen pluralistischen Parteiansatz verfolgt, die Diskussion um politische Ansätze in einer fairen Art und Weise erfolgt. Nur eine solidarische Diskussion innerhalb der Partei führt letztlich zum Erfolg. Ausgrenzung und Spaltung schwächen die Partei und müssen verhindert werden.   |

Solidarische Diskussion stärken.

Der Landesausschuss fordert alle Parteigremien in Baden-Württemberg und alle Bundestagsabgeordneten auf, die Auseinandersetzung um die Bewegung #Aufstehen nicht zu befeuern. Er stimmt der Aussage des Geschäftsführenden Parteivorstands vom 13.08.2018 zu: #Aufstehen ist eine Initiative von Einzelpersonen, kein Projekt der Partei DIE LINKE. Jedes einzelne Parteimitglied ist berechtigt, sich bei #Aufstehen zu beteiligen, wenn sie/er der Meinung ist, damit für die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen zu kämpfen. Der Landesausschuss ist der Auffassung, dass alle Genossinnen und Genossen in unserem Landesverband Baden-Württemberg sich für die Stärkung linker Positionen und der Partei einsetzen. Öffentliche Stellungnahmen in den Medien, in welcher Position auch immer, führen nicht zur Stärkung der Partei, sondern eher zur Frustration und Spaltung der Aktiven. Der Landesausschuss setzt sich für eine solidarische Diskussionskultur ein und fordert alle Parteigremien auf, in dieser Weise initiativ zu werden. Es darf kein „Ihr“ und „Wir“ geben, sondern ein solidarisches und faires Miteinander. Der gesamte Landesverband muss sich, mit Blick auf die kommenden Wahlen, mit aller Kraft auf die wichtigsten Politikfelder in den Kommunen und in Europa konzentrieren.

Bündnispolitik "unteilbar"

Am Samstag, 13.10., haben 242.000 Menschen unter dem Motto "unteilbar" für eine solidarische Gesellschaft demonstriert. DIE LINKE ist Teil dieses breiten Bündnisses gegen Rassismus und Menschenverachtung. Wir erwarten von unseren LINKE-MdBs, dass sie sich ohne Wenn und Aber hinter die Bündnispolitik der Partei DIE LINKE stellen und für die Beschlüsse unserer Partei im Bundestag und der Öffentlichkeit eintreten.

beide Anträge angenommen bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, Landesausschuss vom 21.10.2018

## P6 ANTRAG Partei

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald gemäß Beschluss des Kreisvorstand vom 07.11.2018   |
| Kontakt       | vorstand@dielinke-breisgau.de  |
| Thema         | <b>Regionale Zuständigkeiten der Mitglieder der Bundestags-Landesgruppe</b>  |
| Antragstext   | <p>1. Der Landesvorstand wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit unserer Bundestagslandesgruppe auszuarbeiten, welche ("unbesetzten") Bundestagswahlkreise in Baden-Württemberg in der 19. Legislaturperiode durch welche MdB verbindlich betreut werden. Ebenso wird eine Übersicht der thematischen Schwerpunkte und Mitgliedschaften der MdB aus dem Land in den Fraktionsarbeitsgruppen und in den Parlamentsausschüssen erstellt.</p> <p>2. Ferner wird angestrebt, auch eine Übersicht der Gremienmitgliedschaften der MdB aus anderen Landesgruppen zu erstellen, die einen besonderen Bezug zu Baden-Württemberg haben könnten. Als Beispiele hierfür wären etwa Mitgliedschaften in den internationalen Parlamentariergruppen mit Bezug zu unseren Nachbarländern Frankreich (hier nunmehr auch in der Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Elysee-Vertrages!), Schweiz und Österreich oder auch die im Kuratorium der "Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen" (nunmehr wohl MdB Simone Barrientos aus der Landesgruppe Bayern als Nachfolge von Rosemarie Hein?) zu nennen.</p> <p>3. Die Kreisverbände werden durch den Landesvorstand hierüber informiert, auch um weitere eigene Hinweise hierzu gebeten und die Ergebnisse - zumindest betreffend Wahlkreisbetreuung - auch in gedruckter Form sowie im www veröffentlicht. Außerdem wird der Bedarf festgestellt, die interessierte Mitgliedschaft der Kreisverbände durch unsere jeweiligen MdB über die zukünftige Arbeit der Bundestagsfraktion "heimatnah" in Regionalversammlungen (offiziell: in den Regierungsbezirken) an Samstagen vor der parlamentarischen Sommerpause 2019 (verbindlich!) zu informieren. Für Südbaden kann diese Information auf der noch ausstehenden europapolitischen Regionalversammlung im Januar 2019 in Freiburg (Breisgau) erfolgen. Diese Versammlung sollte schon wegen der zeitlichen Nähe zur Vertragsunterzeichnung als sachpolitischen Schwerpunkt das Thema "Neuer Elysee-Vertrag aus LINKER Sicht" mit einem Bericht aus der unter 2. erwähnten Arbeitsgruppe haben. It. der damaligen MdB Rosemarie Hein wurde nur zufällig bei einem persönlichen Gespräch in Magdeburg bekannt, wo es dann hieß: "Ich bin ja deshalb öfters bei Euch da unten in Baden-Württemberg und würde dann ja durchaus auch gerne 'mal in dem einen oder anderen Kreisverband vorbeischaun, wenn es sich ergibt!" (Zitat Ende). Dazu fehlen den möglicherweise interessierten Kreisverbänden aber einfach die Informationen!</p> |
| Begründung    | Unsere Befürchtungen, die sich aus Erfahrungen der 18. Legislaturperiode ergaben und zu dem inhaltsgleichen Antrag an den Landesparteitag 2017 führten, haben sich leider(!) voll und ganz bestätigt. Dieser Antrag stieß ja damals auf erheblichen Widerstand durch den Landesvorstand und wurde durch den Parteitag dann auch abgelehnt.   |

zu 1. Die örtliche Zuständigkeit der MdB hat sich in der Vergangenheit leider oftmals als zu schwammig, unverbindlich und - selbst für die gegebenenfalls betroffenen Kreisverbände - zuweilen auch undurchsichtig erwiesen. Um die Wahrnehmung der Partei im gesamten Land zu stärken, ist hier mehr Verlässlichkeit dringend erforderlich. Schließlich wäre nach dem erneut desaströsen Wahlergebnis der Landtagswahl 2016 nun wiederum eine besondere Präsenz unserer MdB als einzige landesweite parlamentarische Vertretung erforderlich.

zu 2. Wir halten insbesondere das offensichtliche Desinteresse zu parlamentarischen Kontakten zu unseren unmittelbaren Nachbarn in Anbetracht der Umtriebigkeit der regionalen MdB anderer Parteien auf diesem Feld für äußerst problematisch, gerade auch kurz vor der Europawahl in Zeiten starker europapolitischer Infragestellungen. Und auch die beispielhaft genannte Kuratoriumsmitgliedscha Der Parteitag möge beschließen:

zu 3. In einem Antrag an den Landesparteitag hatte der Kreisverband Ravensburg die Abhaltung regelmäßiger Regionalversammlungen gefordert. Auf Betreiben des Landesvorstandes wurde jedoch die Verbindlichkeit auf ein schwammiges "nach Bedarf" abgeschwächt. Dieser konkrete Bedarf sei aus gegebenem Anlass hiermit festgestellt! Und auch die Regionalversammlungen sollten eigentlich in die Fläche der jeweiligen Region gehen, um - beispielhaft für Südbaden (hier also nicht immer in Freiburg!) – auch für Mitglieder vom Hochrhein, aus dem Kreis Konstanz oder auch aus den "schwäbischen Randbereichen" des Regierungsbezirkes Freiburg die Teilnahme attraktiver zu machen.

## P7 ANTRAG Partei

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | LAG Grundeinkommen, Die Linke.Ulm/Alb-Donau   |
| Kontakt       | emgßgmx.eu, vorstand@linke-ulm.de   |
| Thema         | <b>Digitalisierung? Grundeinkommen!</b>   |
| Antragstext   | Der Parteitag möge beschließen, das Frankfurter Manifest „Digitalisierung? Grundeinkommen!“ des Netzwerk Grundeinkommen zu unterstützen, da es einen wichtigen Diskussionsbeitrag zur Sicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe liefert und hier Weichen für die Zukunft stellt. Analog zum Landesverband Thüringen soll ein „Werkstattprozess „Bedingungsloses Grundeinkommen“ landesweit durchgeführt werden, dessen Ergebnisse vor der Landtagswahl 2021 dem Parteitag vorgestellt und ergebnisoffen beschlossen werden.<br><a href="https://digibge.files.wordpress.com/2018/06/abschlusserklaerung.pdf">https://digibge.files.wordpress.com/2018/06/abschlusserklaerung.pdf</a> |
| Begründung    | Erfolgt mündlich  |

## P8 ANTRAG Partei

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Forum Demokratischer Sozialismus  |
| Kontakt       | Daniel Schröder / da_schroeder@outlook.com  |
| Thema         | Gehen wir hinaus ins Land – auch zum Parteitag!   |
| Antragstext   | Der Landesparteitag tagt künftig an wechselnden Orten. Dabei werden alle vier Regierungsbezirke berücksichtigt. |

|            |   |
|------------|---|
| Begründung | <p>Der Landesparteitag der LINKEN. Baden-Württemberg tagt seit Gründung des Landesverbands bisher ausschließlich in und um Stuttgart. Ein regelmäßiger Wechsel des Tagungsorts bietet eine Vielzahl von Chancen und erhöht die landesweite Sichtbarkeit der LINKEN.</p> <p>Parteiaufbau und der ländliche Raum sind Themenstellungen, die unseren Landesverband regelmäßig umtreiben. Einigkeit herrscht in aller Regel darin, dass wir auch außerhalb der Großstädte Präsenz zeigen müssen. Eine Partei, die in den Landtag einziehen will, muss auf das Land zugehen. Mit Sitzungen des Parteitags jenseits der Landeshauptstadt binden wir einerseits die jeweiligen Kreisverbände stärker in die Landespolitik ein und erhöhen andererseits die Chancen auf mediale Sichtbarkeit der LINKEN insbesondere in lokalen Presseerzeugnissen.</p> <p>DIE LINKE. Baden-Württemberg ist nicht nur neben der FDP die einzige größere Partei im Land, die ihre Parteitage stets in derselben Stadt austrägt, sie ist auch der einzige Landesverband der LINKEN in einem deutschen Flächenland, der dies tut.</p> <p>Die starke Zentrierung des Landesverbands auf den Großraum Stuttgart trennt viele Basismitglieder in den ländlicheren Kreisverbänden von der Landespolitik – und es trennt die Landespolitik der LINKEN von den ländlichen Regionen. Unsere politische Konkurrenz im Land zeigt, dass es möglich ist, einen Parteitag etwa in Reutlingen (CDU), Donaueschingen (SPD), Heidenheim (Grüne), Karlsruhe (FDP) oder Rastatt (AfD) auf die Beine zu stellen. Warum schaffen wir es also nicht, zumindest mal in Freiburg, Mannheim und Tübingen zu tagen?</p> <p>Vom Landesvorstand wird ein wechselnder Tagungsort vor allem aus finanziellen Gründen abgelehnt. Zum einen bieten aber zumindest die Großstädte eine ähnlich gute Infrastruktur und Anbindung. Zum anderen dürfen wir diese Frage jedoch nicht nur finanziell betrachten. Viel wichtiger ist das politische Zeichen, das von dieser Entscheidung abhängt: Beschränken wir uns auf den Speckgürtel oder gehen wir selbstbewusst hinaus ins Land und setzen auch ein deutliches Signal der Unterstützung für unsere GenossInnen im Land. Zeigen wir Präsenz in ganz Baden-Württemberg.</p> |
|------------|---|

## Anträge zur Gesellschaft

### G1 A N T R A G Gesellschaft

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Ortsverband Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster  |
| Kontakt       | Ursel Beck, Tel. 0711/38073372  |
| Thema         | <b>Sofortiger Ausstieg aus dem Braunkohleabbau und der Braunkohleverstromung<br/>Vollständiger Ausstieg aus der Kohleverstromung in den wenigen Jahren</b>  |
| Antragstext   | <p>DIE LINKE fordert die sofortige Beendigung des Braunkohleabbaus und der Braunkohleverstromung sowie die Schaffung von sinnvollen Ersatzarbeitsplätzen. Bis zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wird allen Beschäftigten der volle Lohn weiterbezahlt. Ausstieg und Ersatzarbeitsplätze werden von den Profiten von RWE, Vattenfall und der anderen Energiekonzerne finanziert.</p> <p>Auch Steinkohlekraftwerke sind klimaschädlich und müssen innerhalb von wenigen Jahren durch regenerative Energien ersetzt werden.</p> |
| Begründung    | 1. Position der Linken ist bisher der schrittweise Kohleausstieg. „Spätestens 2035 muss   |

der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen“. Angesichts des Klimawandels, der extrem klimaschädlichen Wirkung der Braunkohleverbrennung, der weiter drohenden Zerstörung des Hambacher Forstes und Landschaften und Natur in NRW und Ostdeutschland, ist diese Position nicht mehr aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt, dass die Demonstration am 6.10.2018 und die geplanten Aktionen von Ende Gelände Ende Oktober sowie die geplanten Großdemonstrationen am 1.12.2018 in Köln und in Berlin die Chance bieten den öffentlichen Druck für den Kohleausstieg aufzubauen. DIE LINKE muss diesen öffentlichen Druck erhöhen, indem sie aktiver Teil der Proteste ist und gleichzeitig die Forderung von „Ende Gelände“ nach einem sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle unterstützt.

2. Es gibt genug Strom um auf die Verstromung von Braunkohle zu verzichten. Deutschland exportiert sogar Strom. Das Argument, Strom aus Wind und Sonne sei unzuverlässig zieht nicht. Die Technologien, um Strom zu speichern, sind vorhanden. Sie werden aber von den Energiekonzernen und der Bundesregierung mit allen Mitteln blockiert. Sie wollen aus reinem Profitinteresse ihre Politik der Großkraftwerke und mindestens 40 Milliarden teureren Stromautobahnen durchziehen. Dafür nehmen Sie bewusst in Kauf, dass das Klima weiter zerstört und damit die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit bedroht wird.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich beim Landesparteitag

**G2 ANTRAG Gesellschaft**

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | LAG Frieden Baden-Württemberg   |
| Kontakt       |   |
| Thema         | <b>Keine NATO Kommandozentrale in Ulm</b>   |
| Antragstext   | <p>DIE LINKE Baden-Württemberg wendet sich entschieden gegen die Einrichtung des Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm. Dieses NATO-Kommando schafft die logistischen und materiellen Voraussetzungen für eine militärische Konfrontation der NATO-Staaten mit Russland. Es ist für die schnelle Verlegung von Truppen und Kriegsgerät an die NATO-Ostgrenze und deren Schutz zuständig. Anstatt sich um eine Entschärfung der Konflikte in Europa und global zu bemühen, wird weiter an der Eskalationsspirale gedreht. Dabei wird Ulm zu einem zentralen Punkt in diesem gefährlichen Szenario und damit möglicherweise auch ein Angriffsziel.</p> <p>DIE LINKE lehnt diese neue Kommando-Infrastruktur sowohl aus friedenspolitischen Gründen als auch wegen seiner problematischen Wirkung für die Stadtentwicklung ab. Deswegen unterstützen wir den Protest der sich vor Ort gegen das JSEC organisiert und rufen die Mitglieder der LINKEN auf an den Protesten teilzunehmen.</p> <p>Wir fordern Abrüstung, Investitionen in zivile Infrastruktur und ein Stopp sämtlicher Kriegsvorbereitungen in Ulm.</p> |
| Begründung    | <p>Die NATO-Verteidigungsminister*innen haben einen Ausbau der Kommandostruktur der NATO beschlossen: Zwei neue Kommandostäbe sollen die militärische Logistik innerhalb Europas sowie möglichen Nachschub über den Atlantik organisieren. Einer dieser Kommandostäbe – ein Joint Support and Enabling Command (JSEC) – soll sich zentral in Europa befinden und die Bewegung von Truppen und Kriegsgerät an die NATO-Ostflanke besser und schneller organisieren. Im Falle einer Aktivierung könnte dieses Kommando „alles steuern, was nach Europa kommt, in Europa bewegt oder in ein Einsatzgebiet außerhalb Europas verlegt werden soll“, so Reuters (<a href="https://de.reuters.com/article/deutschland-nato-kommando-idDEKBN1GW1N0">https://de.reuters.com/article/deutschland-nato-kommando-idDEKBN1GW1N0</a>).</p> <p>Die Zuständigkeit des Kommandos würde damit so weit reichen wie der</p>   |

Verantwortungsbereich des Oberbefehlshabers der NATO in Europa. Das JSEC soll von der Gastnation (Deutschland) betrieben und nur bei Bedarf der NATO unterstellt werden. Das JSEC wird in Ulm angesiedelt. Dies teilte Verteidigungsstaatssekretär Peter Tauber dem Verteidigungsausschuss des Bundestags im März 2018 in einer Unterrichtung mit. Es gibt bereits jetzt eine umfangreiche militärische Infrastruktur in Ulm, so verfügt die Streitkräftebasis mit dem Multinationalen Kommando Operative Führung (MN KdoOpFü) bereits über eine Dienststelle, die bei Bedarf innerhalb kürzester Zeit Personal und Material zur Planung und Führung multinationaler (Kampf-)Einsätze der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der EU und der NATO stellen kann. Das Verteidigungsministerium hofft auf Synergieeffekte zwischen den beiden Kommandos, die am selben Ort untergebracht sind. In Umsetzung der Beschlüsse der NATO-Gipfel von Wales und Warschau wird momentan die Infrastruktur der NATO-Staaten auf die Voraussetzungen für eine schnelle Verlegung von Streitkräften nach Osteuropa überprüft. Seit September 2016 wird eine Bestandsaufnahme der Transportinfrastruktur der NATO-Staaten durchgeführt. Anschließend soll die Infrastruktur an militärische Bedürfnisse angepasst werden. Der Aufbau des JSEC könnte Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in Ulm haben. Die angespannte Wohnraumsituation in Ulm wird durch die Verzögerung der Rückgabe des bislang militärisch genutzten Areals Bleidornkasernen / Westerlinger Straße weiter verschärft, da die Stadt Ulm das Areal eigentlich im Laufe des Jahres 2018 kaufen wollte, um dort Wohnungen zu bauen.

### G3 ANTRAG Gesellschaft

|                  |  |
|------------------|--|
| Antragsteller*in | Michel Brandt, Karlsruhe; LAG Frieden  |
| Kontakt          |  |
| Thema            | <b>Solidarität mit Geflüchteten statt Abschottung und Ausgrenzung!</b>   |
| Antragstext      | <p>DIE LINKE verurteilt die menschenverachtende Abschottungspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union, die das Ertrinken fliehender Menschen auf dem Mittelmeer billigend in Kauf nehmen. Wir verurteilen die Kriminalisierung der zivilen Seenotretter*innen, denn Sie sind die letzte Bastion der Menschlichkeit an den europäischen Außengrenzen.</p> <p>Deshalb begrüßen wir in Baden-Württemberg die Bewegung der Seebrücke und ihre Forderung nach Solidarität mit Geflüchteten, für sichere Häfen, ein offenes Europa und solidarische Städte.</p> <p>DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt aktiv die Seebrücken-Bündnisse vor Ort und mobilisiert für ihre Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen.</p>   |
| Begründung       | <p>Das Mittelmeer ist eine der tödlichsten Fluchtrouten weltweit. Seit Anfang dieses Jahres sind schon über 1.700 Menschen auf Fluchtweg von Nordafrika nach Europa ertrunken. Die Abschottungspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) ist für das Massensterben im Mittelmeer mitverantwortlich. Ehrenamtlich und ohne staatliche Hilfen bergen ziviler Seenotretter*innen Menschen aus dem Wasser und haben Zehntausende vor dem Ertrinken gerettet. Gezielte Kriminalisierungs- und Diffamierungskampagnen haben die zivile Seenotrettung jedoch weitestgehend gelähmt. Seit der gezielten Hinderung der zivilen Seenotrettungs-NGOs an ihrer humanitären Arbeit durch europäische Regierungen sind die Todesraten wieder massiv angestiegen. Die internationale Bewegung „Seebrücke“ stellt sich der zynischen Abschottungspolitik Europas entgegen. Hilfesuchende Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen ist unerträglich und menschenverachtend. Die Seebrücke wird von vielen Bündnissen und</p> |

Akteur\*innen der Zivilgesellschaft getragen. Sie alle setzen ein Zeichen der Menschlichkeit und solidarisieren sich mit allen Menschen auf der Flucht. DIE LINKE Baden-Württemberg will die Seebrücke-Bewegung weiterhin in allen Regionen Baden-Württembergs unterstützen und die Bündnisse vor Ort stärken, die sich für eine offene und solidarische Gesellschaft einsetzen, in der Menschenrechte unteilbar sowie offene und legale Einreisewege nach Europa möglich sind.

In vielen Städten Baden-Württembergs finden Aktionen und Demonstrationen des Seebrücke Bündnis statt. Diese Bewegung sollten wir weiter unterstützen und in möglichst viele Landesteile tragen. Auch im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019 gilt es die Kritik an der Festung Europa auf die Straße zu bringen.

#### **G4 ANTRAG Gesellschaft**

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | LAG „Migration – Antirassismus“, Sprecher*innen: Gökay Akbulut und Rudolf Bürgel  |
| Kontakt       | Christoph Cornides  |
| Thema         | <b>Für eine offene, pluralistische und solidarische Einwanderungsgesellschaft</b>   |
| Antragstext   | <p><b>Einwanderungsland Baden-Württemberg</b></p> <p>Mehr als ein Viertel der rund 11 Mio. in Baden-Württemberg lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund, über 10% eine ausländische Staatsbürgerschaft. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und Ausbildung. 40 Prozent der unter 25-jährigen mit Migrationshintergrund haben zudem keine abgeschlossene Ausbildung. Unter diesen Bedingungen kann keine Chancengleichheit entstehen, was zu Perspektivlosigkeit, Armut und Spaltung führt.</p> <p>2016 hat die Landesregierung in einer einmaligen Sonderaktion die Aufnahme von 1.000 vom IS verfolgten und verschleppten Jesidinnen ermöglicht. In einer bewegenden Rede im Landtag hat die UN-Sonderbotschafterin für die Würde der Opfer von Menschenhandel, die Jesidin Nadia Murad, dem Land Baden-Württemberg für die Aufnahme der IS-Opfern gedankt.</p> <p>Leider aber hat sich die grün-schwarze Landesregierung inzwischen zu einem der Hardliner unter den Bundesländern in Sachen Asyl, Duldung und Abschiebung entwickelt. Nach der Ermöglichung der Einstufung der Westbalkanländer als „sichere Herkunftsländer“ in 2014/2015 hat die Landesregierung 2017 als einziges Bundesland mit grüner Regierungsbeteiligung der Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als „sichere Herkunftsländer“ zugestimmt. Baden-Württemberg ist an fast allen Abschiebungen nach Afghanistan und seit 18 Jahren auch regelmäßig an Sammelabschiebungen in die Westbalkanstaaten beteiligt. Alleine in den letzten drei Jahren wurden auf diesem Wege laut Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 7000 Menschen abgeschoben. Außerdem zeichnet sich Baden-Württemberg durch eine sehr restriktive Handhabung von Bleiberechtsregelungen (bei nachhaltiger Integration) und Härtefallanträgen aus.</p> <p>Die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die aus Rumänien, Bulgarien und anderen ost- und südeuropäischen Ländern nach Baden-Württemberg kommen, sind besonders von Armut und Diskriminierung betroffen. Die Angst vor ständigen Schikanen bei der Arbeit, im öffentlichen Raum und im Kontakt mit öffentlichen Institutionen ist immer präsent.</p> <p><b>Migrationspolitik in Baden-Württemberg?</b></p> <p>Vergeblich sucht man eine Migrationspolitik, die interkulturelle Kompetenzen fördert und den Fähigkeiten und Potentialen von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht wird. Diskriminierungen in Institutionen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder an Schulen</p> |

stellt für die Menschen oft eine unüberwindbare Barriere dar. Eine konkrete Folge davon ist, dass ein Viertel aller Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg armutsgefährdet sind, während bei den Menschen ohne Migrationshintergrund nur rund jede und jeder Zehnte betroffen ist.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen Ausgrenzung. Für uns bilden gleiche Rechte, gegenseitiger Respekt und gleichberechtigte Teilhabe die Grundlage des Zusammenlebens. Alle, die hier leben und zwar unabhängig davon wie lange, müssen die gleichen persönlichen sozialen und politischen Rechte haben.

**DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:**

- mehr Streetworker\*innen, Beratungsangeboten für zugewanderte EU-Bürgerinnen und EU-Bürger wollen wir erhalten und ausbauen.
- Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in allen Lebensbereichen: die gezielte Antidiskriminierungsarbeit muss gestärkt und entsprechende Anlaufstellen ausgebaut werden.
- Bekämpfung aller Tendenzen und Formen von strukturellem Rassismus in staatlichen Institutionen und Behörden (z. B. durch racial profiling in der Polizeiarbeit).
- Einstellung von mehr Beschäftigten mit Migrationshintergrund in Schule, Gesundheitswesen und Verwaltung, Aneignung interkultureller Kompetenzen in allen öffentlichen Bereichen.
- Mehr niederschwellige, kostenlose und auf Freiwilligkeit basierende Integrations- und Sprachangebote für alle Altersstufen.

Gerade auch im Bildungssystem werden Menschen mit Migrationshintergrund benachteiligt.

**DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:**

- ein integratives Bildungs- und Ausbildungssystem, Vorschulförderung, interkulturelle Jugendarbeit, geschlechtersensible Bildungsprogramme und Förderprojekte im Übergang zwischen Schule und Beruf.
- Doppelte Förderung für Personal und Ausstattung für Kitas in Brennpunkt-Stadtteilen.
- Zusätzliche muttersprachliche Angebote, zusätzliche Fremdsprachenangebote insbes. in Türkisch und Arabisch in allen Schulformen.
- Sicherstellung des Kita- und Schulbesuchs der Kinder und Jugendlichen.

In der Arbeitswelt erleben Menschen mit Migrationshintergrund vielfältige Diskriminierungen und sind deutlich öfter von prekärer Beschäftigung betroffen.

**DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:**

- anonymisierte Bewerbungsverfahren.
- im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden.
- Förderprogramme zur vollen beruflichen und sozialen Gleichstellung.
- Beendigung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse, vor allem durch Regulierungen und Kontrolle arbeitsrechtlicher Normen durch das Gewerbeamt.

Migrant\*innen stehen bei allen sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen und Streiks an der Seite ihrer Kolleg\*innen - ob in der Wirtschaft oder im Öffentlichen Dienst. DIE LINKE sieht es als ihre Aufgabe an, zur Vernetzung der verschiedenen Bewegungen beizutragen, sie zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam zu kämpfen: für eine solidarische Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. In diesem Sinne verbinden wir den Kampf gegen Rechts und gegen Rassismus mit dem Kampf um soziale Verbesserungen für alle.

**Refugees welcome in Baden-Württemberg! Jeder Mensch hat das Recht auf ein**

---

**menschenwürdiges Leben!**

Solange Fluchtursachen bestehen, nicht beseitigt, sondern im Gegenteil noch weiter geschürt werden, sind wir auch dazu verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und uns für ihre Integration und gleichberechtigte Teilhabe einzusetzen.

Die Bundesregierung und das CSU-geführte Innenministeriums betreiben eine Politik der „Abschreckung durch Unmenschlichkeit“ gegen Geflüchtete. Das ist auch das Konzept der sog. „Anker-Zentren“. Sie sind als Internierungslager geplant und wurden so auch in Bayern bereits eingerichtet. Nur wenige Geflüchtete sollen diese Sammellager nach erfolgreichem Asylverfahren verlassen. Möglichst viele sollen durch miserable Unterbringung und Versorgung zur „freiwilligen“ Rückkehr genötigt werden, alle anderen bleiben interniert bis zu ihrer Abschiebung. Das ist inhuman. Wir kämpfen dafür, dass diese menschenunwürdigen, rechtslosen und rechtswidrigen Zwangseinrichtungen wieder abgeschafft werden.

Stattdessen braucht Baden-Württemberg ein neues Konzept für die Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen eines landesweiten, sozialen Wohnbaukonzepts. Im Mittelpunkt muss die integrative, dezentrale Anschlussunterbringung von Geflüchteten stehen. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften darf nicht mehr als eine kurzfristige, vorübergehende Lösung sein. In den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes (LEAs) ist die Privatsphäre der Geflüchteten und ihrer Familie durch räumlich abgeschlossene Raumaufteilung sicher zu stellen. Diese Einrichtungen müssen verkehrstechnisch an Stadtgebiete angeschlossen, offen und zugänglich sein. Für unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind betreute Wohngemeinschaften erforderlich, um ein selbstbestimmtes Leben sicherzustellen.

Damit Angehörige legal einreisen können, muss die Familienzusammenführung unabhängig von Fristen und Visa werden. Die geforderten Verpflichtungserklärungen, die mitunter auch die Übernahme von Krankheitskosten beinhalten, können zu existenzgefährdenden finanziellen Belastungen für viele der hier lebenden Angehörige führen und gehören abgeschafft.

**Gesundheitsversorgung ist Menschenrecht**

In anderen Bundesländern gibt es sie bereits: die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete. Mit ihr bekommen Geflüchtete diskriminierungsfrei Zugang zum Gesundheitssystem, gleichzeitig werden Kreise und Kommunen entlastet. Die grün-schwarze Landesregierung muss endlich Verhandlungen mit der AOK Baden-Württemberg über die Einführung einer Versichertenkarte aufnehmen, die alle Standardleistungen plus Leistungen für die Sprachmittler\*innen/Dolmetscher\*innen einschließt.

**Sprache, Bildung und Arbeit sind Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe**

Die Möglichkeiten zum sofortigen Zugang zu KiTa und Schule für bis 25-Jährige sind auszubauen. Alle Geflüchteten sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus unmittelbar Zugang zu qualifizierten Sprach- und Integrationskursen erhalten. Derzeit aber mangelt es vielerorts an Sprachkursen. Das entsprechende BAMF-Programm läuft aus und es gibt keinen gleichwertigen Ersatz. Kurse auf höherem Niveau (ab B1) können oft wegen mangelnder Teilnehmerzahl nicht stattfinden. Obwohl die Ausweitung der Ausbildungsduldung auf Helfer\*innenberufe politisch beschlossen ist (Koalitionsvertrag) werden weiterhin Personen, die solche Ausbildungen machen, abgeschoben. Wichtig aber wäre, dass Geflüchtete in Ausbildung eine Bleiberechtsgarantie für die Dauer der Ausbildung und mindestens weitere zwei Jahre erhalten.

**Abschiebung, Duldung, Härtefälle**

Eingabe an die Härtefallkommission ist für viele Geflüchtete oft die letzte Möglichkeit, Chancen für einen sicheren Aufenthaltsstatus zu bekommen. Der Bericht 2017 der

---

Härtefallkommission zeigt, dass in immer mehr Fällen das Innenministerium einer positiven Empfehlung der Kommission nicht folgt. Die Zahl der eingegangenen Härtefallanträge ist deutlich zurückgegangen: Sie lag im Jahr 2016 bei 610, in 2017 nur noch bei 350 Eingaben.

**Die LINKE Baden-Württemberg fordert:**

- Erweiterung der Bewertungskriterien bei der Beurteilung für Härtefallentscheidungen, Öffnung der Kommissionsverfahren für alle Geflüchteten und Erweiterung der Mitgliederzahl der Kommission.
- Die Empfehlungen der Kommission müssen bindend für das Innenministerium sein.
- Keine Abschiebehaft und keine Abschiebegefängnissen in Baden-Württemberg, keine Abschiebungen und als Sofortmaßnahme vor allem keine Winterabschiebungen.

**Stärkung der Rolle und der Finanzmittel der Städte, Gemeinden und Landkreise**

In der richtigen Einsicht, dass die Kommunen für ihre Aufgaben der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Geflüchteten mehr finanzielle Bundes- und Landesmittel brauchen, hat die Landesregierung im April 2017 den „Pakt für Integration mit den Kommunen“ vereinbart. Erstmals erfolgte eine landesweite Finanzierung für hauptamtliche Stellen in der Anschlussunterbringung. 1.000 hauptamtliche Stellen im Integrationsmanagement wurden für zwei Jahre geschaffen. Die Programme aber laufen zum Ende des Jahres aus, und die Kommunen dürfen selbst entscheiden, ob sie Personal einstellen oder die Aufgaben an freie Träger (z.B. Wohlfahrtsverbände) übertragen. Dabei kann die Qualifikation des Personals aber nur bedingt sichergestellt werden.

**Die LINKE Baden-Württemberg fordert:**

- Erstattung der tatsächlichen Kosten der Flüchtlingsversorgung für Landkreise und Kommunen durch Bund und Land, Ablösung des bisherigen Pauschal-system durch Erstattung aller tatsächlich anfallenden Kosten.
- Einheitlicher Mindeststellenschlüssel für die fachliche und soziale Betreuung der Flüchtlinge in den Landkreisen: 1:80 für erwachsene und 1:40 für minderjährige Flüchtlinge.

**„Sichere Häfen“ auch in Baden-Württemberg**

Angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer sind auch Kommunen in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Aufnahme von geretteten Geflüchteten aus dem Mittelmeer einzusetzen. Inzwischen haben sich bereits mehrere europäische Städte, darunter Barcelona und Neapel wie auch die Städte Köln, Bonn und Düsseldorf, bereit erklärt, diese Menschen aufzunehmen.

In Baden-Württemberg treten die Vertreter\*innen der LINKEN in Gemeinde- und Kreisräten für Beschlussfassungen zur freiwilligen zusätzlichen Aufnahme von im Mittelmeer geretteten Geflüchteten ein, wie beispielsweise in Freiburg, Heidelberg und Konstanz geschehen.

Begründung

Am 26. Mai 2018 hat der Landesverband entsprechend dem Beschluss des Landesparteitages vom November 2017 eine erfolgreiche Fachtagung „Flucht, Asyl, Migration – wie kommen wir zu einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft“ mit 80 Teilnehmer\*innen in Mannheim durchgeführt. Die Ergebnisse und die Diskussion in der Partei zeigen: es gibt unterschiedliche Ansichten zur Herangehensweisen an die praktischen Aufgaben, die die herrschende Politik und die Lage der von Krieg, Krisen, Armut, Hunger, Perspektivlosigkeit in der Welt, in Europa und Deutschland getroffenen Menschen an DIE LINKE stellen. Aber die Tagung machte deutlich: die unterschiedlichen Grundansichten und Handlungsgrundsätze müssen sich in den Ergebnissen für linke Politik praktisch beweisen. Unumstritten ist,

dass wir für die Verteidigung und Wiederherstellung des Asylrechts in Deutschland und Europa, für sichere Fluchtwege und Hilfe für Menschen in Not und für ungeteilte Menschen- und Bürger\*innenrechte gemeinsam kämpfen. Wir verteidigen gemeinsam die Rechte auf Freizügigkeit innerhalb der EU und treten für ihre Ausweitung und soziale Absicherung ein. Um Positionen zur Arbeitsmigration aus Drittstaaten führen wir die Diskussion weiter, auch mit dem Ziel der Entwicklung von Gegenpositionen zu vorliegenden Entwürfen für Einwanderungsgesetze der FDP und der Regierungskoalition. Wir unterstützen und beteiligen uns an den Aktionen und Demonstrationen „Seebrücke“, treten ein für sichere Hafenzentren auch in Baden-Württemberg, für breite Bündnis gegen Rechts, für Demokratie, Menschen-, Bürger\*innen- und soziale Rechte und für internationale und interkulturelle Solidarität. In den Aktionen und Demonstrationen von Hunderten und Tausenden in Baden-Württemberg und im ganzen Bundesgebiet in den letzten Wochen und Monaten sehen wir ein ermutigendes Signal für den Kampf um diese Ziele und für linke Politik in den Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2019. Der Antrag der LAG „Migration – Antirassismus“ basiert auf den Arbeitsergebnissen der Fachtagung vom Mai 2018 und auf den Forderungen des vom Landesparteitag verabschiedeten Landtagswahlprogramms 2016. Ziel ist die Konkretisierung unserer Politik zu Flucht, Asyl, Migration in Baden-Württemberg und in den Kommunal- und Europawahlen im Mai 2019.

## G5 ANTRAG Gesellschaft

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | LAG Antikapitalistische Linke AKL, KV Bodensee   |
| Kontakt       | Annette Groth: <a href="mailto:anngroth@posteo.de">anngroth@posteo.de</a> , 0176 70476563  |
| Thema         | <b>Streichung des Palästina Komitees e.V. und der Palästinensischen Gemeinde e.V. von der Webseite der Stadt Stuttgart</b>   |
| Antragstext   | Anlässlich der Streichung des Palästinakomitees sowie der Palästinensischen Gemeinde e.V. von der offiziellen Webseite der Stadt Stuttgart, auf der alle Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft gelistet sind, fordert der Landesparteitag Die Linke die Stadt Stuttgart auf, die Streichungen rückgängig zu machen.   |
| Begründung    | Der Vorwurf des Antisemitismus gegen die beiden Gruppen und die Behauptung, die BDS-Kampagne sei antisemitisch, ist unzutreffend, das haben sogar der wissenschaftliche Dienst des Bundestags und der niedersächsische Landtag festgestellt. Auch die Außenbeauftragte der EU, Frederica Mogherini, betont, dass die Unterstützung der BDS-KAMPAGNE durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ermöglicht werde. (Das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten hatte der EU und Mogherini vorgeworfen, die EU unterstütze terroristische Organisationen, weil sie Gruppierungen unterstütze, die sich hinter die BDS Kampagne stellen. Mogherini hat diesen Vorwurf scharf zurückgewiesen).<br>Der Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs gegen Organisationen und Personen, die die israelische Besatzungspolitik und Verstöße gegen das Völkerrecht kritisieren, ist gefährlich.<br>1. Der eigentliche Antisemitismus, wie er auch z. B. bei der AFD zu finden ist, wird damit relativiert.<br>2. Es gefährdet unsere Meinungsfreiheit und fördert Denunziation und Duckmäusertum, weil sich aus Angst vor dem Antisemitismusvorwurf niemand mehr traut, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht in Israel und Palästina anzuprangern. |

3. Einmischung und Denunziation vonseiten ausländischer Behörden und einschlägig bekannter Journalisten wie Weinthal von der Jerusalem Post sowie falsche Beschuldigungen vonseiten einer Lobby-Organisation wie die Deutsch-Israelische Gesellschaft sind gefährlich für eine demokratische Gesellschaft.
4. Der eigentliche Skandal, d.h. Rede- und Auftrittsverbote für Juden und Jüdinnen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und in Israel einsetzen, wird in keiner Weise thematisiert, sondern wird toleriert!

**G6 A N T R A G Gesellschaft**

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisvorstand Reutlingen<br>unterstützt durch die LAG Betrieb und Gewerkschaft  |
| Kontakt       | Günter Busch  |
| Thema         | <b>Sofort 10 000 mehr Pflegestellen an den Krankenhäusern</b>   |
| Antragstext   | <p>Die Linke Baden-Württemberg nimmt in ihr Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2019 die Forderung nach sofortiger und noch im Jahr 2019 zu vollziehender Schaffung von mindestens 10 000 zusätzlichen Stellen im Pflegedienst der Krankenhäuser in Baden-Württemberg auf. Die für ganz Baden-Württemberg geltende Zahl kann für die einzelnen Kreiskliniken und städtischen Krankenhäuser heruntergebrochen werden, wobei eine Aufstockung von mindestens 20% der jeweils in den Krankenhäusern vorhandenen Pflegekräfte zu fordern ist.</p> <p>Da davon auszugehen ist, dass die Krankenhausleitungen eine Aufstockung des Pflegepersonals in diesem Umfang nicht wollen, sollen die kommunalen Mandatsträger der Linken über die kommunalen Aufsichtsgremien der jeweiligen Krankenhäuser eine Aufstockung der Pflegekräfte um mindestens 20% einfordern und durchzusetzen versuchen.</p>  |
| Begründung    | <p>Das Pflegestärkungsgesetz von Gesundheitsminister Jens Spahn befindet sich zu. Zt. In der parlamentarischen Beratung. Es sieht vor, dass im Jahr 2019 alle zusätzlichen Pflegestellen in den Krankenhäusern zu 100% über die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfond finanziert werden. Eine Eigenbeteiligung der Krankenhäuser oder der Träger ist nicht erforderlich.</p> <p>Nach 2019 sollen die Pflegebudgets dann aus den DRG's herausgerechnet und mit den Krankenhäusern außerhalb der DRG Finanzierung einzeln vereinbart werden.</p> <p>Das Jahr 2019 bietet also die Chance für eine massive und bedarfsgerechte Aufstockung des Pflegepersonals, die von der Linken politisch genutzt werden muss.</p> <p>Die tatsächliche Besetzung neuer Stellen wird jedoch durch das Fehlen von Pflegekräften auf dem Arbeitsmarkt begrenzt. Dies ist auch nicht kurzfristig behebbar. Hier sind vor Ort kreative Maßnahmen gefragt wie freiwillige Aufstockung bei Teilzeitbeschäftigung, Wiedereinstieg in den Beruf, Vermeidung von Berufsausstiegen u.a.. Mit deutlich mehr Personal sinkt die Arbeitsbelastung und die Krankenpflege wird als Beruf wieder attraktiver.</p> <p>Mindestens 20% mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern sind die Zahlen, die die Linke, ver.di und die Berufsverbände mindestens für nötig halten und die durch einschlägige Untersuchungen belegt sind.</p> <p>Die Krankenhausleitungen werden bei der Schaffung neuer Pflegestellen mauern. Sie fürchten die Forderungen weiterer Berufsgruppen und wissen nicht, wie die Anschlussregelung nach 2019 für den Pflegebereich konkret aussehen wird. Deshalb muss von den kommunalen Aufsichtsgremien und natürlich auch von den betrieblichen</p> |

Interessenvertretungen und den Gewerkschaften Druck gemacht werden, um das ‚Fenster‘ im Jahr 2019 optimal zu nutzen.  
Mit der Forderung nach sofortiger Schaffung von deutlich mehr Pflegestellen in Krankenhäusern hat die Linke z.Zt. noch ein Alleinstellungsmerkmal, das im Wahlkampf sichtbar genutzt werden sollte.

### G7 ANTRAG Gesellschaft

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Léon Borgemeister (KV Freiburg), Roman Singler (linksjugend [˘solid])  |
| Kontakt       | roman@linksjugend-solid-bw.de leon@linksjugend-solid-bw.de   |
| Thema         | <b>Pflege-Volksbegehren</b>  |
| Antragstext   | DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt Aktivitäten zur Initiierung eines Volksbegehrens zu einem verbindlichen Pflegepersonalschlüssel an den Kliniken in Baden-Württemberg . Sie wirkt darauf hin, ein breites Bündnis u. a. Mit der Gewerkschaft ver.di zur Realisierung dieses Vorhabens zu gründen und in diesem aktiv mitzuarbeiten. Vorbild für dieses Volksbegehren kann das bayrische Bündnis „Volksbegehren: Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ sein, sowohl von der politischen als auch der inhaltlichen Aufstellung.  |
| Begründung    | Der Pflegenotstand in deutschen Krankenhäusern gehört zu den monumentalen Herausforderungen unserer Zeit. Anschliessend an die Kampagne unserer Partei „Pflegenotstand stoppen“ wollen wir mit diesem Antrag den Worten Tatsachen folgen lassen und einen verbindlichen Pflegepersonalschlüssel in den Kliniken Baden-Württembergs durchsetzen. Im März nächsten Jahres stimmt die Landesbezirkskonferenz von ver.di Baden-Württemberg über die Initiierung eines solchen Volksbegehrens ab; wir wollen ihnen mit diesem Antrag ein deutliches Zeichen der Rückendeckung setzen, um gemeinsam im Bündnis den Kampf der Beschäftigten der Krankenhäusern für mehr Personal zu unterstützen und der gesamten Bewegung für eine menschenwürdige Pflege in der BRD Aufwind zu geben. |

### G8 ANTRAG Gesellschaft

|               |  |
|---------------|--|
| Antragsteller | Forum Demokratischer Sozialismus   |
| Kontakt       | Daniel Schröder / da_schroeder@outlook.com   |
| Thema         | Freiheit. Demokratie. Vielfalt. – Studieren und Forschen in Baden-Württemberg  |
| Antragstext   | In den vergangenen Jahren sind auch die Hochschulen Baden-Württembergs zum Ziel eines rechtskonservativen Rollbacks im Bildungssystem geworden. Die zwischenzeitlichen Erfolge der grün-roten Landesregierung, wie etwa die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften und die Abschaffung der Studiengebühren stehen inzwischen wieder zur Debatte. Insbesondere seit der Bildung der amtierenden Landesregierung lässt sich das Wissenschaftsministerium von Koalitionspartner und Opposition von rechts durch die Manege treiben.<br>Mit der jüngsten Novellierung des Landeshochschulgesetzes wurde beispielsweise das ausdrückliche hochschulpolitische Mandat der verfassten Studierendenschaften auf Betreiben der CDU gestrichen. Langfristige Probleme, wie prekäre Arbeitsverhältnisse und demokratische Defizite innerhalb der Hochschulstrukturen werden nicht angegangen. Auch Studiengebühren sind durch die grün-schwarze Koalition inzwischen wieder |

diskutabel. Spätestens wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer vorangegangenen Bildungsbiografie mit horrenden Gebühren zur Kasse gebeten werden, ist klar: **Baden-Württemberg braucht ein Umdenken in der Hochschulpolitik.**

*Die Freiheit der Wissenschaft fördern – Ausreichende Finanzierung statt Abhängigkeit von Drittmitteln*

Gute wissenschaftliche Arbeit baut auf das Abwägen von Perspektiven und gründlicher Diskussion und Evaluation der eigenen Arbeit. In der momentanen Wissenschaftskultur fehlt dazu häufig die nötige Zeit. Der nicht endende Wettbewerb um Drittmittelförderung für Forschungsprojekte bindet Unmengen personeller Anstrengungen an das Ausarbeiten und Schreiben von Forschungsanträgen. Der Erfolg ist in den seltensten Fällen sicher. Das fortwährende konkurrieren um Forschungsgelder kostet Zeit, die besser für Forschung und Lehre genutzt werden könnte. Die nicht hinreichende Grundfinanzierung der Hochschulen durch das Land erleichtert gleichzeitig Unternehmen der Privatwirtschaft durch Drittmittelförderungen und Stiftungen den Zugang zu den Forschungs- und Lehrinrichtungen. **Wir fordern daher eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen und ein Ende der Antragskultur!**

*Demokratie fördern – in und außerhalb der Hochschulstrukturen*

Die Entscheidungsstrukturen in Hochschulen sind häufig intransparent und weisen erhebliche demokratische Defizite auf. Die Verteilung der Stimmrechte auf die Statusgruppen weicht massiv von deren personeller Stärke innerhalb der Hochschule ab. Die Professor\_innenmehrheit verhindert nicht selten frische Ideen und Veränderung. Zu einigen Gremien bleiben Mittelbau und Studierenden der Zugang auch verwehrt. Entscheidungen finden daher häufig hinter verschlossenen Türen durch wenige statt. **Wir fordern eine viertelparitätische Besetzung der hochschulinternen Gremien und studentische Rektoratsmitglieder an den Hochschulen in Baden-Württemberg.**

Die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften 2012 war ein großer Erfolg der damaligen Landesregierung. Die Beschneidung ihres politischen Mandats 2018 ein Armutszeugnis. Studierendenvvertretungen müssen sich gefahrlos zu relevanten Themen positionieren können. Neben direkt die Forschung und Lehre betreffenden Angelegenheiten gehören dazu auch Fragen wie Wohnungsnot, Nachhaltigkeit oder Diskriminierung. **Wir fordern ein starkes politisches Mandat für die Studierendenschaften.**

*Das Recht auf Bildung – Menschenrechte haben kein Preisschild*

Mit der Einführung der Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland sowie für Zweitstudierende geht die Landesregierung einen großen Schritt in die Vergangenheit. Die Erhebung von Gebühren abhängig von der Herkunft ist diskriminierend und gefährdet die internationale Vernetzung unserer Universitäten. Im Falle des Zweitstudiums widerspricht sie klar dem Ideal des lebenslangen Lernens. **Wir fordern das Ende jedweder Studiengebühren.**

*Freiräume statt Gängeleien*

Der Druck im Studium steigt stetig an. Mit begrenzten Prüfungsversuchen und Regelstudienzeiten sollen Studierende möglichst schnell durch das Curriculum geschleust werden. Freiräume und Orientierungsphasen werden dadurch unterbunden. Auch die unsägliche Praxis von ausgeweiteten und detaillierten Krankheitsnachweisen bei Prüfungsrücktritten anstelle des sonst üblichen, einfachen Krankenscheins ist eine Gängelei, die so nicht hingenommen werden darf. **Wir fordern daher ein Ende von Regelstudienzeit und Anwesenheitslisten sowie das Verbot der derzeit gängigen Forderung nach ausführlichen Krankheitsnachweisen.**

|            |   |
|------------|---|
|            | <p><i>Gute Arbeit braucht sichere Bedingungen</i></p> <p>Kurzfristige Arbeitsverträge, Kettenbeschäftigungen, unfreiwillige Teilzeit und Abhängigkeit von Drittmitteln. Junge Forscher_innen leiden unter prekären Arbeitsbedingungen und stehen zumeist vor unklaren Zukunftsperspektiven. Nur die allerwenigsten schaffen es, nach langen Jahren der Ochsentour auf eine unbefristete Professur. Durch diese Arbeitsverhältnisse entstehen unnötige Abhängigkeiten und extremer Konkurrenzdruck, welche die Qualität der Forschung beeinträchtigen. <b>Wir fordern ein Ende der prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen.</b></p> <p><i>Forschung für die Allgemeinheit, nicht für den Tod</i></p> <p>Viel zu häufig finden Rüstungsunternehmen Zugang in die Hochschulen. Dieser Einfluss wird insbesondere durch die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen ermöglicht. Sowohl durch die direkte Bereitstellung von Drittmitteln für Forschungsprojekte als auch durch die Stiftung von Auszeichnungen oder gar Professuren wird diese Verzahnung vorangetrieben. Forschung muss jedoch der Allgemeinheit dienen und nicht den Tod zur Folge haben. <b>Wir fordern daher eine verbindliche Zivilklausel für Hochschulen in Baden-Württemberg.</b></p> |
| Begründung | <p>Das hochschulpolitische Versagen der derzeitigen Landesregierung ist kaum noch zu übersehen. In den meisten Feldern bleibt das Wissenschaftsministerium untätig, in anderen lässt sie sich von CDU und AFD die Stoßrichtung vorgeben.</p> <p>Auch mit vorausschauendem Blick auf die in 2,5 Jahren anstehenden Landtagswahlen sollten wir in diesem Themenfeld unser landespolitisches Profil schärfen und eine grundsätzliche Positionierung für die Arbeit in den kommenden Jahren vornehmen.</p>  |

## G9 ANTRAG Gesellschaft

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | LAG Antikapitalistische Linke   |
| Kontakt       | Werner Ott  |
| Thema         | Zurückweisung des Vorwurfs von Antisemitismus bei Kritik an israelischer Politik zur Verhinderung einer kritischen Auseinandersetzung   |
| Antragstext   | <p>„Der Landesparteitag der Partei spricht sich entschieden dagegen aus, Kritik an der Politik Israels mit dem Vorwurf des Antisemitismus zu belegen und darauf zu drängen, israelkritische Veranstaltungen abzusagen.</p> <p>Der Landesparteitag sieht darin einen Angriff auf Art. 5 GG „Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit sowie die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft“ und weist diese Vorwürfe von Antisemitismus unmissverständlich zurück.“</p>  |
| Begründung    | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Deutschland steht aufgrund seiner Geschichte in besonderer Verantwortung gegenüber Israel. Dies hat A. Merkel am 18.März 2008 vor dem israelischen Parlament besonders deutlich formuliert: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“<br/>Dies darf aber keinesfalls so weit gehen, dass Deutschland eine Politik zulässt, die neue Opfer schafft und dabei gegen Völkerrecht und Menschenrechte verstößt.</li> <li>2. Anfang des Jahres beschloss der Bundestag:<br/>„[...]Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form von Judenfeindlichkeit. Das umfasst auch alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der</li> </ol> |

Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber einzig und allein Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind. [...]“

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/004/1900444.pdf>

Hier wird auf gefährliche Weise Antisemitismus und Kritik vermischt, Kritik tendenziell und unter diesen Verdacht gestellt und damit letztlich verhindert.

3. Dagegen hat der Parteivorstand seine Kritik an israelischer Politik im Beschluss vom 8.9.2018 / 131 „Eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung muss Ziel bleiben“ nochmals deutlich bekräftigt.

[https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2016-](https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2016-2018/beschluesse/detail/news/eine-friedliche-zwei-staatenloesung-muss-ziel-bleiben-1/)

[2018/beschluesse/detail/news/eine-friedliche-zwei-staatenloesung-muss-ziel-bleiben-1/](https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2016-2018/beschluesse/detail/news/eine-friedliche-zwei-staatenloesung-muss-ziel-bleiben-1/)

4. Der Druck, Israel-kritische Veranstaltungen abzusagen, nimmt zu und damit auch die Schwierigkeit, sich politisch und wissenschaftlich mit diesem Problem auseinanderzusetzen, was ein eklatanter Verstoß gegen Art. 5 GG darstellt.
5. So wurde unlängst die Leitung der Evangelischen Akademie Bad Boll und Referenten massiv bedrängt, von der Veranstaltung „Shrinking Space – Krise der Dialogfähigkeit im Israel-Palästina-Konflikt. [...]“ abzusehen. Die Akademie-Leitung, der Antisemitismus-Beauftragte der Landesregierung Michael Blume und Christine Buchholz vom Parteivorstand gaben dem Druck nicht nach.

Dazu Christine Buchholz in ihrer Stellungnahme für den Parteivorstand: „Wie können wir dazu kommen, über Menschenrechte im Nahostkonflikt zu diskutieren? Im offenen Dialog im konstruktiven Miteinander. Ich sah und sehe keinen Grund, diesen Dialog nicht zu führen.“ Michael Blume drückte dies so aus. „Denn wenn wir es nicht schaffen, in Deutschland und Europa unter den Bedingungen von Frieden miteinander zu diskutieren, wie können wir es dann wagen, von den Menschen in Krisenregionen den Dialog fordern?“

Bericht von Christine:

<http://christinebuchholz.de/2018/10/10/israel-palaestina-menschenrechtsdiskurs-weiterfuehren/>

## Anträge zu Europa

### E1 ANTRAG Europa

|               |   |
|---------------|---|
| Antragsteller | Kreisverband Böblingen<br>Wortgleicher Antrag durch KV Lörrach  |
| Kontakt       | Peter Laskowski   |
| Thema         | Für ein Europa der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens   |
| Antragstext   | <p>Am 26. Mai 2019 wählen wir nicht nur unsere kommunalen Abgeordneten in Baden-Württemberg, sondern wir wählen auch das Europaparlament. Die Zukunft der Europäischen Union (E.U.) beschäftigt uns ebenso wie viele andere Menschen. Dabei sind wir hin- und hergerissen zwischen scharfer Kritik an der bestehenden Union einerseits, die in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu wünschen übriglässt, und der Angst, dass die Stagnations- und Zerfallstendenzen der EU andererseits Ausdruck eines reinen Rückzugs auf den vermeintlich besseren Nationalstaat ist.</p> <p>Zurzeit erleben wir eine tiefe Krise der Europäischen Union. Viele Menschen erfahren soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Sie fühlen sich zunehmend abgehängt und verbinden ihre Situation mit der Politik der EU. Die EU ist dabei der Sündenbock für die Enttäuschung über die eigene Nichtigkeit im System und Stoff für die Propaganda der politischen Rechten, um die Menschen gegeneinander auszuspielen und die politische Unsicherheit zu befördern. Die AfD suggeriert den Deutschen, dass ein „Brüsseler Monster“, eine „EU-Sklaverei“ und was sonst noch wie „Versailler Schandvertrag“ klingt, als fremde Macht über sie gekommen sei. Wer, wie die AfD, gegen „Brüssel“ kämpft, statt gegen den Kapitalismus, kann auch, wie es der Hund zu tun pflegt, den Mond anbellern. Auch die permanente Umverteilung von Reichtum im globalem Maßstab hat kein einiges Europa, sondern noch dazu in den Ländern Afrikas und dem Nahen Ostens Armut, Klimakatastrophen und Kriege zur Folge.</p> <p>Die Konsequenz ist, dass Menschen aus diesen Ländern versuchen, ihrer oft lebensbedrohlichen Lage zu entkommen, einige auch durch eine Migration in die EU. Zurzeit erleben wir, wie die Nationalstaaten auf europäischer Ebene versuchen, sich vor den Folgen dieser Umverteilungspolitik abzuschotten und eine humanistische Lösung zu verhindern. Übrig bleiben der Ausbau Europas zur Festung und das unerträgliche Sterben im Mittelmeer. Dies bedeutet den Verrat an den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens. Unsere linke Idee von einem solidarischen, gerechten und offenen Europa ist dies nicht. Aber die europäische Krise ist auch eine demokratische: die Rechte von Parlamenten oder der Judikative in den Nationalstaaten werden eingeschränkt, die Pressefreiheit behindert, Bürger- und Menschenrechte ausgehebelt. Krisengipfel der Staats- und Regierungschefs, die einseitig und ohne das Votum des Europäischen Parlaments erfolgen, die Abschottung und die Verstärkung der Grenzsicherung der EU beschließen, Staats- und Regierungschefs, die in ihren Mitgliedsstaaten stetig die Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte oder die Gewaltenteilung aushebeln. Unsere linke Vorstellung von einem demokratischen und rechtsstaatlichen Europa ist dies nicht. Eines der zentralen Probleme der EU ist ihre dominante Ausrichtung auf einen möglichst deregulierten Binnenmarkt. Die Folgen waren in der Vergangenheit Sozial- und Lohndumping auf Kosten der Arbeitnehmer*innen, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit abhängig vom Geschlecht und der Herkunft, die Schleifung von Arbeitnehmer*innenschutzrechten unter dem Deckmantel des uneingeschränkten und</p> |

diskriminierungsfreien Wettbewerbs.

Unsere linke Vorstellung von einem sozialen Europa ist dies nicht. Einerseits müssen wir daher konstatieren: Viele Menschen in Europa und der Europäischen Union glauben nicht mehr an eine gemeinsame europäische Zukunft. Perspektivlosigkeit macht sich breit.

Viele fürchten, dass es ihren Kindern schlechter gehen wird als ihnen selbst. Sie verbinden Europa und vor allem die EU mit Finanz- und Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Bürokratie und haben das Gefühl, kaum Einfluss auf die Zukunft nehmen zu können.

Andererseits gibt es viele Menschen innerhalb und außerhalb der EU, die ihre Hoffnungen mit der europäischen Integration verbinden. Sie erleben, wie Faschisten und Nationalisten die EU und Europa zerstören wollen, wie ein gefährlicher Nationalismus um sich greift. Viele fühlen sich angesichts der Entwicklung in Europa an die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, an zwei durch Nationalismus hervorgerufene Weltkriege und haben Angst davor, dass sich dieses Schicksal mit einem Auseinanderbrechen der EU wiederholt.

Spätestens seit dem Brexit wissen viele Menschen, dass es wichtig ist, die europäische Idee und die EU zu retten. In einer Zeit, in der nicht nur die EU als Institution von rechts bedroht ist, sondern auch das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dem Kontinent Europa, wo Nationalisten nach der Macht in den einzelnen Nationalstaaten, aber auch auf der Ebene des europäischen Parlaments greifen, in der einzelne Nationalstaaten gültiges internationales Recht oder auch die demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien außer Kraft setzen, braucht es eine starke, einige und entschlossene Linke, die dagegen ankämpft.

Unsere linke Vorstellung von einer freien und einigen EU beinhaltet eine wirkliche europäische Integration anstatt einer Renationalisierung. Sie beinhaltet das Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben auf diesem Kontinent.

Es soll ein Europa werden, in dem wir völlig selbstverständlich und frei zwischen Kiel und Zagreb reisen. Jeder Mensch sich ohne Einschränkung aussuchen kann, an welchem Ort er leben und arbeiten will. Unsere linke Vorstellung von einer demokratischen EU beinhaltet eine Stärkung des Europäischen Parlaments vor allem gegenüber den Staats- und Regierungschefs. Wahlrechtsgleichheit, direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung, Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.

Unsere linke Vorstellung von einer solidarischen EU setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West, Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie in Europa. Ostdeutsche haben aus den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen nach 1990 in besonderer Art und Weise erfahren, was ungleiche Lebensverhältnisse für abgehangene Regionen bedeuten. Die besondere Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen muss deswegen ausgebaut werden, das nützt letztendlich auch den wirtschaftlich stärkeren Regionen.

Unsere linke Vorstellung von einer sozialen EU beinhaltet daher auch EU-weite Mindeststandards zum Beispiel bei Beschäftigungsbedingungen oder der Mitbestimmung im Betrieb, geschlechts- und herkunftsunabhängige Löhne, Mindestlohnkorridore oder auch eine EU-weite Arbeitslosenversicherung. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben (soziale Fortschrittsklausel). Unsere linke Vorstellung von einem gerechten Europa verlangt den menschengemachten Klimawandel anzuerkennen und europa- und weltweite Lösungen

zu finden. Große Probleme erfordern große Lösungen. Eine Steuerpolitik, die Flucht wirksam bekämpft und die Ressourcen für die soziale Sicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und Umweltschutz bereitstellt. Gemeinsame Investitionsprogramme, welche Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen und alle fair an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen. Um diese Ziele zu erreichen, lehnen wir Freihandelsverträge wie TTIP, CETA und TISA ab, die Beschäftigten- und Verbraucher\*innenrechte einschränken wollen.

Unsere linke Vorstellung von einer friedlichen EU wendet sich gegen die zunehmenden Versuche, die EU zu einer global agierenden militärischen Interventionsmacht auszubauen. Die EU muss als globaler Akteur den Interessensausgleich und die Zusammenarbeit vor allem mit Russland, den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas organisieren mit dem Ziel, in diesen Ländern nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, Brücken zu bauen, statt auf Konfrontation zu setzen. Diese Aufgaben können überhaupt nur in einer gemeinsamen EU koordiniert und gelöst werden.

Unsere linke Vorstellung von einer offenen EU für alle beinhaltet eine andere Migrations- und Asylpolitik. Die Aufnahme von Menschen und ein humaner Umgang mit ihnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht um die Gewährleistung von legalen Fluchtwegen, Schutz und Integration. Wir stehen in der Verantwortung, der neoliberalen Politik und dem in der Mitte der Gesellschaft angekommenen Rechtstrend, die das zivilisatorische Erbe dieses Kontinents insgesamt bedrohen, etwas entgegenzusetzen. Wir kämpfen für eine Europäische Union der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens, deshalb werben wir für jede Stimme bei der Europawahl am 26. Mai 2019 .

Begründung